

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 5 40. Jg.

4. Febr. 1927

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,30 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronner, Berlin N 24, Eisenstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Scheidwitz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsgort Scheidwitz.]

## Vermeidet Zwangsmaßnahmen!

Die Senkung der Löhne ist noch immer das Kampfziel der Unternehmer, obwohl die Lebenshaltungskosten zwar langsam, aber sicher steigen. Nichts wird unterlassen, dieses Ziel zu erreichen. Die langanhaltende Arbeitslosigkeit wird als besonders geeigneter Bundesgenosse angesehen, in die Abwehrfront der Arbeiter eine Bresche zu schlagen. Und die Arbeiter sind leider zum Teil kurzzeitig genug, den Unternehmern auf halbem Wege entgegen zu kommen. Das zeigt nichts deutlicher als die Überstundenschieberei, die in der Zeit großer Arbeitslosigkeit eine direkte Aufforderung an die Unternehmer ist, die Arbeitszeit zu verlängern.

Auch die Kollegen verhalten sich in der Krisenzeit nicht immer so, wie es von ihnen im Interesse des Gemeinwohls verlangt werden muß. Besonders bei Besetzung von Arbeitsplätzen wird immer wieder verabsäumt, vorher die notwendige Auskunft bei den zuständigen Stellen einzuholen. *Es ist doch jedem Kollegen bekannt, daß es statutarische Pflicht ist, vor Abschluß eines neuen Arbeitsverhältnisses bei dem zuständigen Auskunftserteiler Auskunft einzuholen.* Wer diese Pflicht wiederholt verletzt, kann sogar aus der kollegialen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Leider hat von dieser Satzungsbestimmung Gebrauch gemacht werden müssen. Sicher ein Zeichen, daß es angebracht ist, *erneut* mit

allem *Nachdruck* die Kollegen darauf zu *verweisen*, vor Abschluß eines neuen *Arbeitsverhältnisses* durch *Auskunftseinholung* den satzungsgemäßen Verpflichtungen nachzukommen.

Das Mittel der Auskunftseinholung vor Abschluß einer neuen Arbeitsverpflichtung ist die Anfragekarte. Die Anfragekarte ist nur von dem Kollegen in Gebrauch zu nehmen, für den sie ausgegeben wurde. Eine Weitergabe der Anfragekarte zur Auskunftseinholung an Dritte führt zu mißbräuchlicher Verwendung, die auf jeden Fall verhindert werden muß. Es liegt doch auf der Hand, daß die mißbräuchliche Verwendung der Auskunftskarte Schaden für die Kollegenchaft sein muß.

Es ist nicht der Inhalt unseres Auskunftswesens, auf „kaltem Wege“ eine Lohnbewegung durchzuführen. Es ist geschaffen worden, um vor Abschluß eines neuen Arbeitsverhältnisses Kenntnis von den geltenden Arbeitsbedingungen zu haben. Mit Abschluß der Tarife ist das Auskunftswesen keinesfalls überflüssig geworden. Denn die tariflichen Bestimmungen sind Mindestbestimmungen! Daneben sind noch eine Reihe anderer Gründe geltend, die unbedingt erfordern, vor Abschluß einer neuen Arbeitsverpflichtung beim zuständigen Auskunftserteiler Auskunft einzuholen. Deshalb nochmals:

## Holt vor dem Abschluss jeder Arbeitsverpflichtung Auskunft ein!

### Kulturgegensätze.

Der ökonomischen Revolution muß mit Notwendigkeit die politische folgen. Denn sie ist nur deren Ausdruck. K. Marx.

Wenn man den gewaltigen Fortschritt der Menschheitsgeschichte sich vor Augen stellt und namentlich die in der neueren Zeit dem menschlichen Geist abgerungenen Erfindungen und Einsichten in Betracht zieht, so ist der Ausdruck des großen griechischen Dichters gerechtfertigt: Viel Gewaltiges gibt es, aber es ist nichts gewaltiger als der Mensch. Seit am Anfang der primitive Mensch mit sicherem Instinkt sein erstes Werkzeug aus Stein formte, den Schritt vom unbewußt Naturabhängigen zum Bewußten unternahm, ist die seitdem erklimmte Stufe der Kultur und Zivilisation so groß, daß der Mensch schlechthin als Herr der Welt erscheint. Ebenso erscheint sein weiterer Aufstieg und damit die Annäherung zur Vollendung (?) angesichts der enormen technischen und naturwissenschaftlichen Errungenschaften, die täglich neue Wunder schaffen, vielen sicher.

Die tiefer Denkenden und Zweifler allerdings richten den Blick neben der Bewunderung für jenen Aufstieg der Jahrtausende auch zum gegenwärtigen krassem Gegenstück heutiger Kulturhöhe; nämlich zum Kultur-Klassenunterschied, dessen Kluft sich zum tiefen Himmel- und Höllenspalt ausgedehnt hat. Bei ihnen wird die uneingeschränkte Bewunderung für diese Kulturhöhe abflauen und das Wort, vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, in diesem Falle wandeln zur Variation: von der Bewunderung zur Verachtung und Anklage dieser Kultur ist nur ein Gedanke. Wahrlich, unser sittliches Empfinden bäumt sich auf zur Entrüstung gegen eine Kultur-Zivilisation, die nur eine höchst einseitige ist, weil sie neben haarsträubendem Verschwenderreichtum krassste Armut duldet, ja aus allgemeinen Notständen noch Gewinn zieht. So fällt es schwer, angesichts solcher Zustände keine Satyre auf die heutige Kultur zu schreiben.

In den ersten Ansätzen eines Kulturanfanges vollzieht sich alles Geschehen bei den Menschen schicksalhaft, instinkthaft, nur allmählich gewinnt die Vernunft, das bewußte Eingreifen, die Oberhand. Daher die hohe Bedeutung des Schicksalhaften bei den frühen Völkern. Je weiter eine Kultur fortschreitet, kommt Bewußtsein, Ordnung und Plan in das Geschehen. So müssen wir bei der Erörterung des früheren Kulturverlaufs wohl Dinge zugrunde legen, die man Imponderabilien nennt, d. h. das Geschehen birgt

neben der Vernunftregelung und des Verstandes-eingriffs auch viel Unbewußtes, noch nicht Erkanntes. Ist darum anzunehmen, daß auch heute noch jene Imponderabilien mitbestimmend sind, so daß eine restlose Vernunftregelung, eine völlige Bewußtheit bei allen unseren Vornehmungen nicht platzgreifen kann und man dem blinden Zufall unterworfen ist?

Zugegeben, es ist noch lange nicht alles entdeckt, erkundet und uns bewußt. Es gibt noch Dinge, die unsere Schulweisheit sich nicht träumen läßt. Eine richtige Einschätzung des Rationalen braucht nicht dazu verleiten, den „dummen“, wie Goethe die irrationalen Elemente im Menschen- und Gesellschaftsleben nennt, keinerlei Berechtigung mehr zuzuerkennen. Doch wissen wir, daß das Schicksalhafte einem frei gewählten Bild gewichen ist. Auch die noch unbekannt Gebiete werden mehr und mehr dem Bewußtsein erschlossen, geformt und vom Willen auf ein Ziel gerichtet. Hier ist der fortdauernde Anreiz, die ewige Aufgabe auch für die bessere Weltgestaltung, die auch mit dem Sozialismus nicht zu Ende sein wird. Von dieser Quelle aus werden auch zum Teil die Kräfte gespeist, die wir im Streben um eine Lebenserhöhung in die allgemeine Kulturarbeit einzusetzen haben.

Ungeachtet des noch Ungekannten müssen wir aber annehmen, daß in der heutigen Wirtschaft, als größtes Teilgebiet des Gesamtlebens, in Vormachtstellung bewußte Kräfte wirken, die das Geschehen auf diesem Gebiete bestimmen. Es kämpfen in dieser Lebenswerkstatt Gutes und Böses, Wahres und Irrlehren, Planvolles und Planloses. Eine Unter-, Ober- und Ineinander-schichtung von Werten und Unwerten, Gültigen und Ungültigen findet fortwährend statt, derart sogar, daß bei vielen ein Mühlrad im Kopfe geht und dies als Grund und zugleich als Entschuldigung ihrer Haltlosigkeit und Unentschiedenheit — zuweilen auch Verrätnheit in verriekelten Ideen — gelten mag.

Was uns namentlich Antriebskräfte auf unser Streben hin zuführt ist nun die Tatsache, daß sich die Macht der Besitzenden (oder der Besitz der Macht habenden) immer mehr anwächst und vermehrt, während er auf der anderen Seite sinkt oder doch relativ gleich bleibt. Da wir aber nun wissen, daß der soziale Fortschrittsbrei nur im Glutofen der Kampfhitze gebräut wird, warum mischen wir nicht mehr von unserem Sauerteig bei, damit er gewichtigeren Blasen nach unserem Geschmacke triibt. Anders ausgedrückt: können wir im Spiel der Kräfte und Gegenkräfte diejenigen des Kapitalismus, überhaupt die der

gegenwärtigen bürgerlichen Kultur, dahin ausgleichen, daß sie auch den arbeitenden Klassen mehr zugute kommen?

Bevor wir jedoch eine dahingehende Beantwortung versuchen werden, müssen wir feststellen, daß ohne die geleistete Arbeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, als Träger des Sozialfortschritts und alles Errungenen, so wenig es auch sei, die Lage des größten Volksteils eine geradezu sklavenähnliche wäre, die an die Parias im Chinesenreich gemahte. Gibt es aber natürliche Grenzen, die Unterschichten an der Kulturlage nicht voll beteiligen zu können. Oder sind es künstliche, sind es geflissentliche Absichten jener Kreise, die eine Kulturteilnahme der breiten Schichten — zum eigenen größeren Vorteil hintanhaltend? Ist es möglich, mit dem kapitalistischen Schicksal, das wohl zu Recht in der Entwicklung gelegen hat, aber in seiner hemmungslosen Selbstherrlichkeit für die Volksmasse verwüstend wirkt, fertig zu werden und dann einen besseren Ausgleich herbeizuführen?

Die Massen, die sich in den sozialistischen Parteien zusammengefunden haben, bejahen dies. Karl Marx folgert aus dem großen Weltgeschehen seines historischen Materialismus, der die Erfindung eines jeden Werkzeugs in den Dienst der Entwicklung stellt, die „naturnotwendigerweise“ eintreffende Kulturvollberechtigung der Massen, also den Sieg des Sozialismus. Er äußerte sich zu Liebknecht sehr enthusiastisch über die ersten Erfolge der elektrischen Maschinen (mit obigem Ausspruch) und nahm bestimmt und sicher an, daß die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft nun rasch vor sich gehe. Seitdem hat sich naturnotwendigerweise zwar viel geändert.

Noch herrscht vielfach die Vorstellung in unseren Kreisen, daß die Wirtschaft von sich aus (also falsch verstanden „naturnotwendig“) in die vollendete höhere Organisationsform ausmünden werde, und wir so eines schönen Tages ohne viel Anstrengung die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische überführen können. Eine allmähliche Durchdringung der Wirtschaft

\* Einen auf diese Sache bezüglichen Ausspruch hat auch unser Verbandsvorsitzender, Kollege Haß auf der Jugendleiter-konferenz getan (Protokoll Seite 14): „Wir stehen heute bereits in einer groß-n wirtschaftlichen Revolution. Es ist der Beginn der sozialen Revolution, die der Welt fast eine Umkehrung der marxistischen. In Wahrheit ist darin nur eine auch von mir des öfteren schon geäußerte Annahme ausgedrückt, daß die Elemente der Materie und des Geistes in tausendfältiger Art auf, neuen, in- und durcheinander wirken. Mindestens ist der Satz unseres Verbandsvorsitzenden in seinem Sinne durchaus zutreffend.“

mit gemeinnützigen Elementen (Staatssozialismus) ist zwar im ununterbrochenen Fortgang; aber eine energischer Stellungnahme der Arbeiterklasse wäre ein Antrieb mehr und würde den Weg um Bedeutendes abkürzen, somit die raschere Planmäßigkeit vortreiben.

Mit jenem Zitat von Marx und der letztangeführten Tatsache sei erkenntlich gemacht, daß sich sowohl die geistige Einstellung wie praktische Stellungnahme zu diesen Fragen, zu der heutigen gesellschaftlichen Lage, vornehmlich durch die immensen Auswirkungen der selbstherrlichen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, in etwas anderem Sinne ergibt, als Marx (besser: der dogmatische Sozialismus) angenommen hat, bzw. annimmt. Die Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse haben sich nicht großzügig vereinfacht, vielmehr großartig kompliziert und alles ist im selben Grade problematischer geworden als es ein sozialistischer Wille und das historisch-materielle Bewußtsein zu ergreifen und ändern vermochte. Damit scheint wohl das allzu optimistische Wesen vielfach noch anzutreffender Hoffenseligkeit gerichtet.

Wie stellt sich nun die gegenwärtige Lage, stellen sich die so gelagerten Gegebenheiten im Gesichtsfeld des Gesamtproletariats (Christliche und Völkische mit eingerechnet) dar? Gesagt muß werden, das Proletariat strebt insgesamt aus diesem Zustand heraus, eben weil er harte Lebensnot für es bedeutet. Aber eine ganz klare Vorstellung davon, was und wie es werden soll, ist — auch innerhalb der einzelnen Bekenntnisse — nicht vorhanden, noch nicht zur restlosen Formulierung gelangt. Doch geht wenigstens der Kampf wider den bestehenden Zustand. Läßt dieses im allgemeinen — unter gewissen Voraussetzungen — die Hoffnung zu, daß es allmählich doch zum Entscheid bzw. Besseren kommen wird, daß allmählich dadurch die Lage des Proletariats dem Hochstand der jetzigen Kultur wird mehr angepaßt werden? Werden wir so allmählich in den Zukunftsstaat hineinwachsen wie einst ein großer Führer annahm?

Das wäre so im großen Ganzen eine Fragestellung und Übersicht. Ich überlasse selbstverständlich als Gewerkschafter es jedem einzelnen Gewerkschaftsgenossen, meinen improvisierten Aufriß zu korrigieren oder ganz zu verwerfen und — so lange auch im sozialistischen Glaubensbekenntnis jeder nach seiner Fassung selbig werden kann — sich mit allen Einzelheiten ein Zukunftsbild selbst, rot, rosa oder sonstwie bunt, anzufertigen bzw. fertig zu beziehen. Die Hauptsache aber: die Stellung zur heutigen Sachlage als Gewerkschafter wünschte ich einheitlich-gemeinsam.

Eine solche Stellung ergibt sich zunächst aus den in unseren Satzungen festgelegten Zielen. Wir vermögen nur Gegebenes zu nützen und auszuschnöpfen, d. h., wir können jedesmal nur auf der Grundlage dessen handeln, was uns die gesamtpolitischen Verhältnisse in der Sozialgesetzgebung schaffen. Politisch-Konstruktives, Selbstschöpferisches, Entscheidendes, Vermögen wir nicht; auch nicht zusammengefaßt, resp. in der verkürzten Form ADGB. Daß wir an diesen uns gesteckten Grenzen schwer tragen, beweisen aufkommende Devisen, wie „Partei und Gewerkschaft sind eins“, oder die neuerlichen kommunistischen betriffs gewerkschaftlichen Keimzellen um die „Einheitsfront“ großzuzüchten. Sie alle haben nur theoretischen, platonischen oder überhaupt keinen Wert, weil sie nutzlose Versuche am untauglichen Objekt darstellen (dabei ist nicht gesagt, daß Verbandssetzungen ewig dauern sollen, vielmehr muß Selbstkritik stets bestrebt sein, diese zu ändern und auszubauen. Sonst wäre es ein Verzicht auf die einzig mögliche Art, diese Gesetze immer neu nach den veränderlichen Verhältnissen anzupassen. Das bezieht sich natürlich auch auf eine von kommunistischer Seite kommende Kritik; auch sie vermag frische Blutkörperchen ihrer trieb- und instinktsicheren Art den Gliedern des Gewerkschaftsleibes zuzuführen; notabene: sofern diese Transfusion dem Körper zuträglich ist und nicht als Gift wirkt, was mit dem Gegengift Anti-Lenin paralyisiert werden müßte. Unsere Verbandspolitik erfordert ebenso arbeits- und lohnpolitische Schlagkraft als auch allgemein-wirtschaftspolitische Spannweite zwecks Einhaltung derjenigen Mitte, die jederzeit sichere Anpassung an die gegebenen Gewichts- und Machtverhältnisse dem Gegner gegenüber, wie dem Stimmungsgrad der Verbandsmitglieder Rechnung trägt. Vor einer verhängnisvollen verschieden parteitaktischen Wandelfähigkeit, wie sie — wenigstens in der Leitung der größten deutschen Gewerkschaft zuweilen in Erscheinung tritt, müssen wir uns so gut wahren, wie vor einer dogmatisch-starren Strenge eines einmal angenommenen Verhaltens, das nicht mehr recht zu der gebänderten Zeitlage passen will).

Nun mag sein, daß die uns Gewerkschaften vorschwebenden Kampfziele auf mehr Kulturanteil — politisch gesehen — nur Mittel sind zum großen Ziel, Palliativmittel gar, die wegen ihrer Kleinheit und Bedeutungslosigkeit im großen nicht Kampfobjekt einer Himmelstürmerei sein

können. Aber auch die parteipolitischen Ziele selbst sind meiner Auffassung nach nicht bestimmbar, mehr oder weniger voraussetzlos, etwa noch Prinzip, Richtung, Postulat auf künftige Staats- und Wirtschaftsformen. Letztere aber widerstreiten als solche jeder absichtlichen Gestaltung von Seiten eines größeren oder kleineren Volksteils, noch dazu im demokratischen Staat. Nichtdestoweniger sich also ein großes Ziel nur ahnen läßt, kann es natürlich einem starken Willen zum Ansporn, zur Einstellung dienen, nämlich auf die allgemeine Fort- und Weiterentwicklung. Diese kann zwar zu einem im großen bestimmten Ziel bzw. Zustand führen, muß es aber nicht unbedingt, weil ein jeder gedankliche Plan, ja selbst zuweilen die wirtschaftlichen Gesetze selbst, unendlicher, wissenschaftlicher und praktischer Wandlung unterworfen sind.

Was also haben wir in den Gewerkschaften an den Aufgaben aktiv mitzuwirken, die breiten Schichten (die Unorganisierten haben es uns zu danken) mehr an der Kultur teilnehmen zu lassen. Den Kultur-Alleininsassen das Gewissen gegenüber den Benachteiligten schärfen zu wollen, hat nur negativen Wert. Wir vermögen nur mit Einsetzung aller unserer Kraft, Fähigkeit und Zähigkeit den Wirtschaftsgeist in neue volkstümliche Bahnen lenken, wenn wir insbesondere gegen gewisse Gruppen reaktionärer Wirtschaftsführer, lies: eigendünkelige Unternehmer-Selbstherrlinge und ihrer Söldlinge kategorisch zu Felde ziehen. Unser gewerkschaftspolitisches Bemühen wäre ohne dieses Ziel fast bedeutungslos. Unser Bestreben, an der Kultur teilzunehmen, hat hier an der Beteiligung an Wirtschaftsführung in Theorie und Praxis zugleich seinen Anknüpfungspunkt, es ist der Inbegriff unserer Logik und unseres Handelns, drum schlechtweg Kulturarbeit.

Freilich kann auf diesem Forderungsgebiet von den Gewerkschaften allein nicht alles Heil erwartet werden, weil die Lösung ebensowohl ins politische Gebiet, in den Bereich des Staates hineinreicht. Aber der Anfang einer ins Rollen kommenden Erweiterung unseres wirtschaftlichen Lebensraumes müßte erstlich von hier ausgehen. So sei denn: gerade weil in der Gewerkschaft die Grenzen der Wirksamkeit eng gesteckt sind, aber hier die einzige erfolgversprechende Stelle an der Gesamtkampffront besteht, müssen wir auf diesem beschränkten Raum das Gefecht riskieren, resp. eindringlich dahin wirken, gründliche Arbeit zu tun. Nur mit Kampf erwirbt man sich das Recht auf die Kultur. Alle verfügbaren Kräfte auf diesen Punkt — und der Durchbruch zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage und damit zum besseren Kulturausgleich wird gelingen.

Wird dieses Grundprinzip der wirtschafts-demokratischen Forderungen von allen Gewerkschaftsgliedern ernst genommen, so wird auch die qualitativ höhere Form seiner Fortführung in einem Unternehmer und Arbeiter gemeinsamen Arbeitsrecht auf die Wirtschaft ausmünden. Mag dies unseren Radikalen wenig erscheinen, unbesorgt: da dies im letzten Sinn Anfang der sozialistischen Zielsetzung bedeutet, wird es nicht nur ein Geplänkel, sondern manchen harten Kampf erfordern. Eine Verbindung mit der politischen Bewegung wird sich ideell von selbst ergeben. So viel ich sonst für das „Frei-gewerkschaftliche“ eine Lanze breche (denn: Mit politischen Begeisterungssätzen läßt sich nicht gewerkschaftliche Besinnung ersetzen) wird im praktischen Kampf um das Wirtschaftsrecht überall da eine parteitaktische Unterstützung benötigt, als eben der Gegner für seine Zwecke eine solche im Vorhinein schon hat.

Der dem Proletariat zustehende Kulturanteil wird im gewissen Betracht zu aller und jeder Zeit derjenige sein, den es sich nach Maßgabe seines gegen die Besitz- und Kapitalmacht aufzubringenden Kräfteaufwands ertrotzt. Davon hängt auch die Lösung des Sozialismus ab, sie ist wiederum keine Frage des Wann, sondern des Wieviel. So viel wir Kraft aufbringen, so viel steht uns an Kulturanteil zu, wird Sozialismus Wirklichkeit werden. Daß beides in der Gegenwart zu wenig bedeutet, erklärt sich aus der Indolenz und Schlappheit der Vielzuvielen im Gesamtproletariat.

Soweit also ein Kulturausgleich mit Mitteln der gewerkschaftlichen Technik zu erreichen ist — und er ist es zum größten Teil mit der Forderung und Erklärung praktischer Wirtschaftsdemokratie — soweit wird deren Verwirklichung von dem Willen, der Hingabe an dieses Ziel, dem Eifer, der Initiative aller Gewerkschaftsglieder abhängen. Von den beiden Voraussetzungen, der politischen und der gewerkschaftlichen Wirksamkeit, ist in diesem Falle die letztere die primäre. Den Gewerkschaften vor allem fällt die Aufgabe zu, dem neuen Geist der Wirtschaftsgemeinsamkeit zum Siege zu verhelfen.

Aus der neuen Wirtschaftlichkeit aber wird als naturnotwendige Folge im marxistischen Sinne der geistige und materielle Mehranteil an der Kultur auch für die Arbeiterklasse erwachsen.

A. Blum.

## Durch Prosperität zum Sozialismus!

In englischen sozialistischen Kreisen hat man versucht, dem Kampf um den Lohn eine neue Grundlage zu geben, was zu begrüßen ist. Gibt es doch kein ökonomisches Gebiet, das in den letzten 150 Jahren so umstritten war, wie die Lohnfrage. Es braucht nur an das „eherne Lohngesetz“ erinnert zu werden, das von der deutschen Sozialdemokratie bis 1890 anerkannt wurde. In einem 1891 in London erschienenen volkswirtschaftlichen Buch „Economics of Industry“ schreibt der englische Gelehrte Marshall: „Dieses Gesetz hat man besonders in Deutschland das Ricardosche „eherne Lohngesetz“ genannt. Viele deutsche Sozialisten sind auch heute der Meinung, das Gesetz bestehe und sei mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unzertrennlich verwachsen.“ In England hat es nie Anerkennung gefunden. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schrieb der bedeutsame englische Volkswirtschaftler John Stewart Mill:

„Der einfachste Ausweg, den Arbeitslohn auf der wünschenswerten Höhe zu erhalten, würde der sein, ihn durch ein Gesetz zu bestimmen. Einige hatten vorgeschlagen, einen Mindestsatz festzusetzen. Ein anderer Plan, der unter den Führern der Arbeiter viel Anklang fand, ist, lokale Berufsausschüsse zu bilden, um eine Lohnrate zu bestimmen, die auf natürliche Gerechtigkeit und nicht auf Angebot und Nachfrage (Konjunkturpolitik) basiert. Andere glauben, daß die Arbeitgeber einen hinreichenden Lohn geben sollten und wenn sie es nicht willig tun, so sollten sie dazu gezwungen werden.“

Seit jener Zeit ist die Forderung nach dem auskömmlichen Lohn nicht wieder von der Bildfläche verschwunden.

Die in der Independent Labour Party vereinigten Sozialisten hatten auf dem letzten Kongreß der Labour Party das Problem des auskömmlichen Lohnes zur Debatte gestellt.

Wenn auch die von dieser Seite aufgerollte Frage weit über das gewerkschaftliche Gebiet hinausragt, so ist die Sache doch wichtig genug um eingehender besprochen zu werden.

Ein Kreis theoretischer Sozialisten will in „unserer Zeit“ den Sozialismus zur Verwirklichung bringen, weshalb der bekannte Schriftsteller Brailsford den Grundsatz aufstellte: „Durch Prosperität zum Sozialismus!“ Und was sind die vorgeschlagenen Mittel zur Erreichung dieses Zieles? Steigerung der Kaufkraft des Volkes durch Einführung des auskömmlichen Lohnes. In einem im sozialistischen Wochenblatt „The New Leader“ erschienenen Aufsatz vom 22. Oktober schreibt Brailsford: „Jeder wird zugeben, höhere Löhne müssen im allgemeinen eine Steigerung der Produktion zur Voraussetzung haben. Es werden sich auch wenige dem Argument verschließen wollen, daß eine Steigerung der Produktion nur denkbar ist durch eine gewissenhafte Reorganisation der meisten unserer Schlüsselindustrien. Ferner ist es klar, daß große Teile des Volkes mit einer Rationalisierung einverstanden wären, käme diese nicht zu spät. So befinden wir uns auf einem Gebiet, wo eine allgemeine Verständigung leicht ist. Dann aber stehen wir vor einem dicken Trennungsstrich. Die psychologischen und volkswirtschaftlichen Fragen, die nun auftauchen, sind: was soll zuerst kommen? Sollen wir uns mit einer Reorganisation der Industrie einverstanden erklären in dem Glauben, höhere Löhne würden schon von selbst folgen? Oder sollen wir bei der Forderung beharren, daß höhere Löhne zuerst kommen müssen?“

In Deutschland werden die Vertreter kapitalistischer Interessen nicht müde zu erklären, die Lohnpolitik der Gewerkschaften behindere den Aufstieg aus der Wirtschaftskrise. Mit diesem Standpunkt muß gebrochen werden. Schon Adam Smith stellte 1801 in seinem berühmten Buche „Der Reichtum der Nationen“ den Standpunkt auf, „gute Löhne treiben die Produktionsfähigkeit an“. Nach Adam Smith behindern hohe Löhne durchaus nicht den industriellen Aufstieg, sondern zwingen denselben zu einem schnelleren Tempo. So kommt auch Brailsford zu der Schlußfolgerung: hohe Löhne sind die Vorbedingung einer gesunden Rationalisierungspolitik. Zur Verteidigung seiner Ansicht beruft er sich auf das Amerikabuch der deutschen Gewerkschaftsführer. In dem bereits erwähnten Aufsatz schreibt er hierüber: „Zuerst müssen höhere Löhne kommen. Wir sind uns bewußt, selbst in der Arbeiterpartei gibt es Leute, denen eine solche Forderung paradox erscheint. Unser Verlangen kann jedoch durch zwei gesunde Argumente bekräftigt werden. Erstens sind wir der Ansicht, so lange die Unternehmer in ihrem Schlendrian, durch niedrige Löhne Profit machen zu können, nicht gehemmt sind, werden sie ihr Gehirn nicht anstrengen, um zur Möglichkeit einer wirklich wissenschaftlich geleiteten Produktion zu kommen. Man zwingt sie zur Zahlung von höheren Löhnen und ihr organisatorischer Erfindungsgeist wird naturgemäß angegraben. Zweitens wird durch höhere Löhne der

innere Markt gekräftigt. Man erhöhe die Löhne im allgemeinen, und zum ersten Male in der Geschichte des industriellen Zeitalters schafft man die Möglichkeit, um die Massenproduktion zur vollen Entwicklung zu bringen."

Aber das ist doch alles graue Theorie und Spekulation, wird der Leser sagen. Nicht im geringsten. Es handelt sich hier um eine genaue Darlegung der Entwicklung, die Amerika in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat. Der Stillstand der Einwanderung während des Krieges, ihre Einschränkung nach dem Kriege, schuf einen Mangel an Arbeitskräften und die naturnotwendige Folge war: hohe Löhne. Das wiederum zwang zu einer gewissenhaften Organisation der Industrie, die Einführung von arbeitersparenden Maschinen, Typifizierung und schließlich eine titanische Produktenerzeugung durch Massenproduktion. Das große Geheimnis lag jedoch nicht in der Massenproduktion, sondern einzig und allein in den hohen Löhnen, die den Verbrauch immer mehr steigerten. Über die eingeschlagene Folgenreihe der Entwicklung der Dinge kann ein Zweifel nicht aufkommen. Wir haben bereits die Ansicht der deutschen Gewerkschaftsdelegation aus ihrem äußerst fähigen Bericht angeführt. Immer wieder wird hier auf die Tatsache hingewiesen, daß der Druck der hohen Löhne zuerst kam. Die erhöhte und systematische Massenproduktion war die Folge.

Jeder ernsthafte Beobachter des modernen Wirtschaftslebens wird zugeben müssen, hier stehen wir am Scheidewege. Ein Aufstieg aus der uns bedrückenden Krise ist nur durch Anwendung einer Radikalkur möglich; diese ist aber in der Kräftigung der Kaufkraft des eigenen Volkes zu suchen. Ein Blick auf die Bestrebungen des deutschen Unternehmertums zeigt aber, wie holprig der zu beschreitende Weg noch ist. Es ist gewiß, die geistigen Vertreter der Unternehmungsklassen werden auf die Vorgänge im englischen Bergbau hinweisen, wozu sie aber wirklich kein Recht haben. Ein Vergleich zwischen deutschen und englischen Verhältnissen ist nach dieser Richtung hin undenkbar, da die Lage der englischen Arbeiterklasse seit 1918 eine viel bessere war als bei uns. Auch läßt sich hundertfach beweisen, daß eine Stabilisierungs- und Rationalisierungspolitik nach dem Rezept des deutschen Kapitalismus in England nicht möglich ist. Würde doch die englische Regierung noch vor Beginn des Bergarbeiterstreiks zu dem Versprechen gezwungen, einen Fonds bereitzustellen zur Unterstützung der durch die Rationalisierung notwendig werdenden Brotlosmachung von Bergarbeitern. Die Unternehmer kommen stets mit dem Vorwand, Lohnerhöhungen wirkten preissteigernd, da sie auf die Verbraucher abgewälzt werden. Letztere seien auch wieder die Arbeiter, weshalb es ein Trugschluß wäre, im höheren Lohn eine Besserung der allgemeinen Lebenslage zu erblicken. Diese Seite der Frage wurde kürzlich von dem sozialistischen Volkswirtschaftler F. A. Hobson dahingehend beantwortet: „Bei der Aussprache über die Wirkung steigender Löhne auf die Preise wird stets die Befürchtung ausgesprochen, Lohnerhöhungen müßten an die Verbraucher abgewälzt werden, gelänge es nicht, mit jeder Lohnerhöhung den Förderanteil der Produktion zu steigern. Eine solche Kalkulation läßt allerdings den Mehrwert in seinen verschiedenen Arten außer Acht, aus dem sehr gut der erhöhte Lohnanteil genommen werden könnte. Andererseits ist einleuchtend, daß jedes befriedigende Lohnsystem von einer steigenden Produktion begleitet sein muß.“

In einer Zeit, wo der Fordismus die Runde durch die Welt antritt, ist es beschämend für die Geistesrichtung des deutschen Unternehmertums, daß es sich noch immer nicht an den von Adam Smith aufgestellten Grundsatz gewöhnen kann, „dort wo hohe Löhne bestehen, die Arbeiter auch aktiver, fleißiger und flinker sind.“

Jedoch befassen wir uns noch einen Augenblick mit den Plänen unserer englischen Genossen. Eine genaue Einsicht in dieselben zeigt allerdings, daß es sich hier vielfach noch um wenig durchdachte Zukunftspläne handelt, die von den deutschen Gewerkschaften nicht ohne weiteres übernommen werden könnten. Auch hat sich der Kongreß der Labour Party geweiht, sich den Plan zu eigen zu machen. Noch vor Zusammentritt der Tagung sahen sich die Antragsteller zu einem Kompromiß genötigt, nach welchem das ganze Problem einem Untersuchungsausschuß überwiesen wurde, der bis zum nächsten Jahre einen Bericht ausarbeiten soll.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ist die Verwirklichung des Planes durchaus nicht so einfach. Das war wohl auch den Antragstellern klar. Genosse Brailsford legte dann bei der Verteidigung seiner Pläne dar, daß die plötzliche Einführung eines auskömmlichen Lohnes für alle Berufe volkswirtschaftlich nicht tragbar sei. Deshalb propagiert er den Gedanken, zunächst für alle in öffentlichen Diensten stehenden Arbeiter solle eine angemessene Lohnerhöhung eingeführt werden; also für die Arbeiter von Staat und Gemeinde. Die so eingeführten Löhne würden dann auf die Privatindustrie reagieren und auch hier höhere Löhne not-

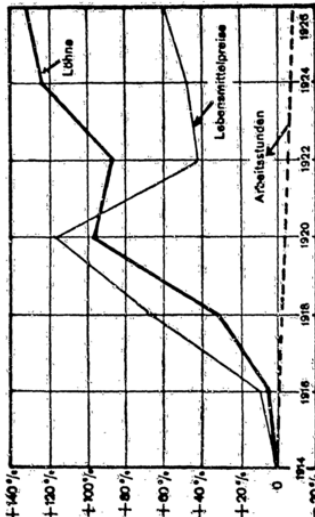
wendig machen. Jedoch ist ein solcher Vorschlag nur ein Palliativmittel. Soll der Plan sich gesellschaftlich auswirken, so müßte zu andern Mitteln gegriffen werden und diese sind: Verstaatlichung bestimmter Industrien, vor allem aber staatliche Kontrolle des Bank- und Kreditwesens. Schließlich müßte zur Verstaatlichung des gesamten Konsums und der Rohstoffe geschritten werden. Ferner ist Brailsford nach genauen Untersuchungen der Lohnverhältnisse in den britischen Kolonien (Neuseeland und Australien) der Ansicht, daß der auskömmliche Lohn ohne ein System des Soziallohnes undenkbar sei. Was für den alleinstehenden Arbeiter ein guter Lohn sei, könne für einen Familienvater mit Frau und fünf Kinder ein schlechter Lohn sein. Der Fonds zur Zahlung von Familienzulagen soll staatlich sein und durch eine Besitzsteuer aufgebracht werden. Es handelt sich hier wie man sieht, um einen Plan, der das ganze Wirtschaftsleben berührt.

Die Kritik auf dem Kongreß richtete sich auch vor allem gegen das System des Soziallohnes, das auch noch der Klärung bedarf. Erfahrene Praktiker, wie Macdonald, standen dem ganzen Plane skeptisch gegenüber. Zu seiner Verwirklichung ist doch vor allem ein arbeiterfreundliches Parlament notwendig. Schließlich ist die logische Folgerung der Forderung die, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht in der Lage ist, eine angemessene Lebensweise für alle zu garantieren. Trotzdem verlangt die Lohnfrage eine immer intensivere Aufmerksamkeit. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, nach Mitteln und Wege zu suchen, dem Prinzip Gehör zu schenken, durch Steigerung der Kaufkraft des Volkes zu einer immer höher steigenden Massenproduktion zu kommen. Das amerikanische Beispiel zeigt doch, wie man durch hohe Löhne, trotz einem verarmten europäischen Markt, eine Krise überwinden konnte. Hier ist die Bahn, auf die auch das deutsche Wirtschaftsleben gedrängt werden muß. Es ist wie Brailsford nicht mit Unrecht sagt: Man schaffe die Grundlage für einen sich immer mehr ausdehnenden inneren Markt und die Industrie wird dann auch in die Lage gesetzt, sich dem Druck der hohen Löhne anzupassen. *B. Weingartz.*

### Nordamerikanische Gewerkschaftslöhne 1926.

Wöchentlicher Durchschnitt 52 Dollar.

Im Jahre 1926 haben sich in den Vereinigten Staaten die Löhne wie die Arbeitszeit weiter verbessert. Dies wird vom Handelsamt als auch vom Arbeitsstatistischen Amte gleichermaßen bestätigt. Nach den Angaben beider Amter hat sich im Jahre 1926 die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fortgesetzt, die im letzten Jahre vor dem Kriege begann. Von 1914 bis 1926 beträgt die Lohnsteigerung 133,4 v. H., die Verkürzung der Arbeitszeit 7 v. H. Somit hat die Lage des



nordamerikanischen Arbeiters in den zwölf Jahren von zwei Seiten her eine Vergünstigung erfahren, einmal durch bessere Bezahlung, andererseits durch Vermehrung der Freizeit. Wie das Schaubild erkennen läßt, ging die Verbesserung der Arbeitszeit wie die der Löhne stetig, wenn auch ungleichmäßig fort, abgesehen von den beiden Jahren 1920 und 1922, in welcher Zeit der Lohn um 6 v. H. zurückging. Diese Lohneinbuße wurde indessen mehr wie ausgewischt durch einen gleichzeitigen erheblichen Rückgang der Lebensmittelpreise.

Mit der Angabe der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung ist jedoch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des amerikanischen Arbeiters noch nicht ganz genannt. Denn die Lohnerhöhung wäre bedeutungslos, wenn sich die Preise gleichviel erhöht hätten. Das ist in-

dessen nicht der Fall. Auf der Schautafel ist zu sehen, daß von 1914 bis 1920 Löhne und (Kleinhandels-) Preise ziemlich gleichmäßig emporstiegen. Im Jahre 1920 erreichten die Preise mit etwa 120 v. H. den Höhepunkt, dann stürzten sie jäh nach unten und kamen im ersten Viertel von 1922 bei 40 v. H. an. Von da ab gingen sie wieder langsam aufwärts und erreichten 1926 aufs neue 60 v. H. Auch die Löhne senkten sich im Jahre 1920, aber bedeutend weniger als die Preise, stiegen dann gleich wieder aufwärts und kamen bis 1926 153 v. H. über den Lohnstand von 1914 zu stehen. Kurz, seit 1914 haben sich die Preise um 60, die Löhne aber um 133 v. H. erhöht.

Mit diesen Vergleichszahlen kann sich freilich der europäische Gewerkschafter noch kein richtiges Bild von der Lage seiner amerikanischen Kollegen machen. Gewiß weiß er nun, daß sich ihre Lage seit dem Kriege dank der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung beträchtlich gehoben hat, aber er weiß noch nicht, wieviel sie tatsächlich verdienen und wie lange sie dafür schaffen müssen. Das aber muß er wissen, um seine Lage mit der seiner Genossen im Dollarlande vergleichen zu können. Um das zu ermöglichen, sei das wesentliche der jüngsten amtlichen Untersuchung der Gewerkschaftslöhne wiedergegeben. Diese Untersuchung des Arbeitsstatistischen Amtes in Washington umfaßte fast eine Million Mitglieder von 17 typischen Berufsverbänden in 66 Städten. Als allgemeiner wöchentlicher Durchschnittslohn für vollgearbeitete Zeit ergab sich 52,12 Dollar = 218,90 Mark, als stündlicher Durchschnitt 1,14 Dollar = 4,78 Mark. Das besagt, daß sich gegen 1913 der Wochenlohn des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters um 133,4 v. H., sein Stundenlohn um etwa 150 v. H. gebessert hat. Der letztere steht jetzt 26 v. H. über den von 1920 und 5,2 v. H. über den von 1925.

Das sind die großen Durchschnitte, die sich von der Gesamtheit der Lohnsätze der 17 von der amtlichen Untersuchung erfaßten Berufe ergeben. Es erübrigt sich nun noch, die Lohnsätze dieser Berufe im einzelnen wiederzugeben. Um die Zahlengeschichte nicht zu lang werden zu lassen, seien nur die durchschnittlichen Stundenlöhne von 1925 und 1926 hierher gesetzt, so daß man die Steigerung oder Senkung in dem eben abgelaufenen Jahre erassen kann, und in der letzten Zahlensäule ist in Hundertsätzen angegeben, um wieviel sich der durchschnittliche Wochenlohn dieser Berufe seit 1913 erhöht hat. Der Wochenlohndurchschnitt wurde gewählt, weil dieser, in Anbetracht der Veränderung der Arbeitsstundenzahl, ein zutreffendes Bild von der Verdienst- oder Einkommenssteigerung der Berufe gibt.

Beruf	Stundenlohn 1925 in Dollar	Erhö. seit 1913 in %	
Bäcker	0,97	0,92	150
Backsteinmaurer	1,47	1,56	124
Zimmerleute	1,18	1,26	136
Elektriker	1,27	1,33	137
Maler	1,23	1,30	145
Pflasterer	1,48	1,59	124
Rohrleger	1,28	1,38	119
Eisenkonstruktoren	1,27	1,35	116
Kraftwagenführer	0,64	0,65	92
Fuhrleute	0,66	0,67	130
Hafenarbeiter	0,82	0,83	86
Wäschereiarbeiter	0,44	0,44	?
Maschinensetzer (Buch)	1,10	1,12	98
Maschinensetzer (Zeitung)	1,11	1,13	99
Maschinenmeister (Zylinder)	1,09	1,11	112
Maschinenmeister (Web)	0,99	1,01	111
Straßenbahner	0,66	0,66	?

Die durchschnittliche Arbeitszeit dieser 17 Berufe betrug 1926 45,4 Stunden. Dies ist gegen 1925 eine geringe Verkürzung, im Vergleich zu 1913 aber eine von 2 1/2, gegen 1907 eine von 4 1/2 Stunden. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist in den Bauberufen 43,8, im Buchdruck 44,4, im Zeitungsdruck 45,3, in der Bäckerei 47,8, bei den Fuhrleuten und Kraftwagenführern 55 1/2 Stunde die Woche. Daß die amerikanischen Gewerkschaften inmitten einer Bewegung für die fünf tägige Arbeitswoche stehen, ist bekannt. Die nächstjährige amtliche Statistik dürfte wohl für eine Reihe von organisierten Berufen die 40 stündige Arbeitszeit aufweisen.

### Mietpreissteigerung.

Der Herr Staatssekretär meint . . . . .

Vor einigen Tagen nahm Herr Staatssekretär Dr. Popitz in München Gelegenheit, Vertreter von Kommunalbehörden über seine neuesten Steuerpläne zu informieren. Herr Popitz sprach auch im Zusammenhang mit der Hauszinssteuer von einer Erhöhung der Mieten, wobei es sich herausstellte, daß der Herr Staatssekretär eine Mietpreissteigerung in Höhe von 20 Proz. in kürzester Zeit für ganz selbstverständlich hält.

Das tun nun andere Leute auch. Aber Herr Popitz ist nicht irgendwer, sondern der allmächtige Mann im Reichsfinanzministerium. Was

er in München darlegte, ist wohl die Auffassung und das Bestreben des ganzen Ministeriums. Man will dort die Mietpreisssteigerung bis zu 20 Proz. auf jeden Fall, wobei man sich noch, so ganz nebenbei, mit dem Gedanken trägt, das Existenzminimum kräftig zu besteuern. Nachdem man an faule Privatbetriebe Riesensubventionen zahlte, Steuergeschenke machte und Steuerstundungen in unverantwortlichem Ausmaß vornahm, liebäugelt man mit einer neuen Belastung der Massen, die, gering gerechnet, eine runde Milliarde ausmachen dürfte.

Wenn man gegenüber diesen Plänen die Lage unserer Wirtschaft und die soziale Lage der Massen betrachtet, ist man erstaunt und entsetzt. Es ist schon kein Leichtsinns mehr, sondern ausgesprochene Frivolität, womit die gegenwärtige Leitung des Reichsfinanzministeriums an die Neuordnung der steuerlichen Dinge geht. Hat man sich auch schon im Reichsfinanzministerium klar gemacht, was eine Mietpreisssteigerung in dem beabsichtigten Umfang für unsere Wirtschaft bedeutet? Hat man sich schon mal in stiller Stunde überlegt, wie die neue Belastung auf die Lohnkosten, die Gesteuerungskosten, die Warenpreise und die deutsche Warenausfuhr wirken muß? Wir wollen Waren nach dem Auslande exportieren und müssen das. Ein Mehrexport von Waren in Höhe von einer Milliarde Mark bedeutet für unseren Arbeitsmarkt Mehrbeschäftigung von rund 100 000 Arbeitern. Exportieren können wir aber nur, wenn unsere Industrie in der Lage ist, angemessene Preise zu stellen, die den Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt vertragen.

Wie muß nun die beabsichtigte Mietpreisssteigerung den Preisstand deutscher Industriewaren beeinflussen? Diese Frage ist äußerst wichtig und muß unserer Auffassung nach dafür entscheidend sein, ob man sich für die Mietpreisssteigerung entscheidet oder nicht. Um sie zu beantworten, greifen wir auf die Ausführungen eines der bekanntesten Fachmänner, des Architekten Paulsen, des Schriftleiters der bekannten Bauzeitschrift „Bauwelt“ zurück. Danach kostete ein Kubikmeter umbauten Wohnraumes bei uns im Frieden etwa so viel wie 25 bis 30 Maurerstunden, in Nordamerika so viel wie 8 Maurerstunden. Auf Grund dieser Rechnung verwendet der Durchschnittsamerikaner rund 15 Proz. seines Einkommens auf die Wohnung. Die Aufwendung beträgt in Deutschland wohl das Doppelte, in Fällen von Neubauten sogar noch mehr. Die Tatsache der billigeren Wohnpreise in Amerika ist deshalb äußerst wichtig, weil auf Grund der technischen Entwicklung Amerika in Zukunft der Hauptkonkurrent für die deutsche Warenausfuhr des Auslandsmarktes sein wird. Da der Einkommensteil, der auf die Wohnung zu verwenden ist, in Amerika sehr viel geringer ist als bei uns, so ist leicht einzusehen, daß unsere gesamte Industrie eine ungeheure Vorbelastung zu tragen hat.

Diese Vorbelastung dürfte sich auf die Preise unserer Industriewaren umso mehr auswirken, da unsere Lebenshaltungskosten, insbesondere die Kosten für die bloße Ernährung infolge der verfehlten deutschen Zollpolitik ständig ansteigen. Was Nordamerika, unserem künftigen Hauptkonkurrenten auf den Auslandsmärkten angeht, so vermochte es, seinen Ernährungsindex im Laufe des Jahres 1926 von 164 auf rund 156 herabzudrücken. Die Schweiz ermäßigte ihn von 165 auf ebenfalls unter 160, England von 168 auf etwa 160 usw. Nur Deutschland hielt es für angebracht, seinen Index von 143 auf etwa 145 bis 146 zu erhöhen. Das bedeutet höhere Gesteuerungskosten für unsere Industrie, Behinderung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Brachlegung unseres Exports und Verschlimmerung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der Staatssekretär meint aber, die Dinge könnten noch eine Belastung von rund einer Milliarde vertragen, wobei er sich sicherlich nicht um die Auswirkungen einer solchen Belastung bekümmert hat.

Andererseits wird die Belastung in einem solchen Riesenumfang den Warensatz im Binnenlande weiter unterbinden. Das preußische statistische Landesamt stellt für den Monat Dezember 1926 eine allgemeine, von den künstlich gesteigerten Getreidpreisen ausgehende Teuerung fest. Unter Einfluß dieser Bewegung haben sich die Preisunterschiede zwischen Dezember 1925 und Dezember 1926, abermals gegenüber den Preisunterschieden November 1925 und November 1926 vergrößert. Das ist eine amtliche Feststellung. Sie besagt nichts anderes, als daß die Kaufkraft in Deutschland abermals in einen neuen Prozeß der Zusammenschrumpfung getreten ist. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt können nicht ausbleiben. Will Herr Staatssekretär Dr. Popitz jene Belastung des Arbeitsmarktes, die an und für sich kommt, zu einer unerträglichen machen? Hat er sich bereits mit seinen Kollegen vom Reichswirtschaftsministerium darüber besprochen, wie dieser, angesichts der Pläne im Reichsfinanzministerium, überhaupt aus der Wirtschaftskrise herauskommen wird? Oder wie gedankt er die Millionen für neue Erwerbslosenfürsorge zu beschaffen, die die neue Wendung infolge der Mietpreisssteigerung

notwendig machen wird? Hoffentlich bleibt der Staatssekretär, nachdem er in München gemeint hat, nicht stumm wie der Fisch im Wasser.

Andererseits ist es auch an der Zeit, daß das deutsche industrielle Unternehmertum endlich mal Farbe bekimmt. Es war dabei, als es hieß, die Preise für Getreide in die Höhe zu treiben. Das bedeutet für die Industrie eine starke Belastung, die dann auf die Arbeiterschaft abgewälzt wurde. Jetzt droht eine neue Belastung durch die Mietpreiserhöhung. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat noch vor wenigen Wochen die Forderungen nach einer höheren Miete unterstützt, die sich hinsichtlich der Industriebelastung noch schlimmer auswirken müssen als die künstlich erhöhten Getreidpreise. Bildet man sich im Reichsverband der deutschen Industrie ein, die abermalige Neubelastung wieder auf den Arbeiter abwälzen zu können? Ist das der Fall, dann können wir nur versichern, daß sich die Herren um Duisberg und Frowein irren. Daß der Arbeiterschaft abermals zugemutete Opfer ist so hoch und so ungeheuerlich, daß die Dinge jetzt endlich danach drängen, ausgetragen zu werden. Wenn der ADGB, dahin seine Vorbereitungen trifft, ist das nur natürlich.

Dabei ist folgendes zu überlegen: Bei der beabsichtigten Mieterhöhung handelt es sich um eine grundsätzliche Angelegenheit. Man überschreitet im stärksten Ausmaß die Friedensgrenze. Sofern der Agent für Reparationszahlung sich nicht dafür interessiert, macht man den Weg für einen schrankenlosen Mietwucher frei. Dadurch schafft man, Jahre nach der großen Inflation, in dem Hausbesitz neue Inflationsgewinner. Heute schon dürfte der Durchschnittsbesitzer infolge der Entwertung der früher auf den Häusern ruhenden Marktschulden mehr an seinem Besitz verdienen als vor dem Kriege, wo die Häuser bis an den Schornstein mit Hypotheken belastet waren und der größte Teil der Mieten nach den Banken floß. Das Heer der Inflationsoffer wird sich unter keinen Umständen die neuen Inflationsgewinner gefallen lassen. Vielleicht macht das Reichsjustizministerium, das mit dieser Angelegenheit zu tun hat, dem Herrn Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums diese Zusammenhänge mal deutlich!

Was heißt aber schrankenloser Mietwucher? Der Hausbesitz will freie Mieten haben und das Reichsfinanzministerium unterstützt diese Forderung mit seinen Maßnahmen. Dabei übersieht das Ministerium völlig, welche anormalen Faktoren für die freie Mietpreisbildung heute in Deutschland in Frage kommen. Dazu führte Herr Oberregierungsrat Hoppe vor kurzem folgendes aus:

„Nehmen wir an, wir hätten die 1,8fachen Baukosten und dazu den Friedenszinsfuß 1, so würde die Miete das 1,8fache betragen müssen. Nehmen wir an, wir hätten die Friedensbaukosten 1 und den dreifachen Zinsfuß, so kommen wir zu dreifachen Miete. Nun müssen wir das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren berücksichtigen, nämlich gestiegene Baukosten und gestiegener Zinsfuß und das Verhältnis, wie diese beiden in der freien Wirtschaft zusammenwirken, ergeben durch einfache Multiplikation  $1,8 \times 3 = 5,4$ .“

Das Resultat aus den anormalen Faktoren im heutigen Deutschland ist nach den Darlegungen Hoppes die 5,4fache Miete. Das Ergebnis würde sich heute, weil der Zinssatz sich etwas ermäßigt und der Baukostenindex ein wenig erniedrigt hat, um einen Bruchteil niedriger stellen. Wir haben aber für heute und noch für die nächsten Jahre durch eine freie Mietpreisbildung mit einem Mehrfachen der Friedensmiete zu rechnen.

Hoffentlich beherzigt man das und läßt von Plänen ab, die töricht und untragbar sind.

## Der Arbeitslosenversicherungsgesetzentwurf in seiner neuesten Fassung.

Der Arbeitslosenversicherungsgesetzentwurf in seiner neuesten Fassung, ist nunmehr vom Reichsarbeitsminister dem Reichstag zu ebelt und im „Reichsarbeitsblatt“, Jahrg. 1927, Heft 1 veröffentlicht worden. Die neue Fassung bringt gegenüber der früheren, tiefgehende Abweichungen.

In bezug auf die Organisation der Arbeitslosenversicherung treten folgende Veränderungen ein. Der Vorstand der Arbeitslosenversicherungskasse soll nicht mehr aus Wahlen, sondern aus Vorschlagslisten hervorgehen. So kommt auch die Minderheit zur Geltung. Die Länder sollen an der Aufsicht über die Landesarbeitslosenkassen beteiligt werden. Und den Arbeitslosenkassen wird die Aufsicht über die Mitwirkung der öffentlichen Arbeitsnachweise bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung eingeräumt.

Die bereits im alten Entwurf vorgesehene Beschränkung des Personenkreises ist auch in der neuen Fassung erhalten geblieben. Personengruppen und Berufsarten, die der Land- und Forstwirtschaft, der Binnen- und Küstenschiff-

fahrt, sind von der Versicherung ausgenommen. Da aber dies für diese Personen eine soziale Schlechterstellung bedeuten würde, soll insbesondere die Landwirtschaft einer abgedeckten Regelung unterworfen werden.

Nunmehr sollen auch die höheren Angestellten bis zur oberen Grenze der Angestelltenversicherung (z. Z. 6000 RM.) pflichtversichert werden. — Eine generelle Änderung bringt die neue Fassung im Unterstützungssystem. Neben der eigentlichen Arbeitslosenversicherung tritt noch die Krisenunterstützung. Die Krisenunterstützung wird dann gewährt, wenn die 39 Wochen, für die Unterstützung aus der ordentlichen Versicherung gewährt wird, sich nicht als ausreichend erweisen.

Auch die Versicherungsleistungen sind erweitert worden. Es werden aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung auch die Beiträge entrichtet, die notwendig sind, um den Arbeitslosen ihre Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung zu erhalten.

An Stelle der 5 Lohnklassen (die Höhe der Unterstützung richtet sich in der Versicherung nach dem Arbeitslohn) treten 7 Lohnklassen. Und zwar beträgt der Einheitslohn (die Unterstützung wird nach dem Einheitslohn bemessen) in Klasse I 12 RM., in Klasse II 15 RM., in Klasse III 21 RM., in Klasse IV 27 RM., in Klasse V 35 RM., in Klasse VI 39 RM., in Klasse VII 42 RM. Die Hauptunterstützung beträgt in den Klassen I und II 45, in den Klassen III bis V 40 und in den Klassen VI und VII 35 v. H. des Einheitslohnes. Weitere Klassen können eingerichtet werden. Die Hauptunterstützung beträgt dann in ihnen 30 v. H. Der Familienzuschlag beträgt in allen Klassen 5 Proz. des Einheitslohnes. Der Gesamtunterstützungsbetrag darf jedoch in den Klassen I und II 70, in den Klassen III bis V 65 und in den Klassen VI und VII 60 und in den weiteren Klassen 55 v. H. des Einheitslohnes nicht übersteigen. Durch diese Änderung rücken die Einheitslöhne näher an den wirklichen Arbeitsverdienst heran und damit ist den sozialen Gesichtspunkten mehr Rechnung getragen.

Auch bei der Aufbringung der Mittel für die Versicherung sind Änderungen eingetreten. Die Mittel für die Krisenunterstützung sollen ausschließlich aus öffentlichen (von Reich und Gemeinde) gedeckt werden.

Dies wären im wesentlichen die Veränderungen, die der Reichswirtschaftsrat und der Reichsrat an dem Arbeitslosenversicherungsgesetzentwurf vorgenommen hat. Diese Veränderungen bringen durchweg Verbesserungen für die Arbeitslosenversicherung. Aber bei diesen Verbesserungen allein darf es nicht bleiben. Soll das Los der Erwerbslosen durch Arbeitslosenversicherung verbessert werden, so muß noch tüchtig die Fassung reformiert werden. Die Arbeitslosenversicherung ist erst dann für die Arbeiterschaft annehmbar, wenn sie eine bessere Gewähr bietet für die Sicherheit der Existenz des Erwerbslosen, als die bisherige Fürsorge. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags und der Reichstag selber muß daher noch eine beträchtliche Verbesserungsarbeit an dem Entwurf leisten. Es ist klar, daß darum in diesem bei den Körperschaften noch heftige Kämpfe durchgeführt werden müssen, wenn die Arbeitslosenversicherung eine Versicherung werden will, die diesen Namen verdient.

Die Arbeitslosenversicherung soll am 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Die Vorlage müßte demnach bis Ende März verabschiedet sein. Wir sind aber bereits im Februar. Soll die Arbeitslosenversicherung bis dahin unter Dach und Fach gebracht werden, so heißt es für den Sozialpolitischen Ausschuß und für den Reichstag mit Vollidampfung an die Arbeit zu gehen. Je früher eine Verbesserung des bisherigen Zustandes eintritt, um so lieber ist es der Arbeiterschaft. Hoffen wir das Beste!

## Die Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik?

Die Erwerbslosenfürsorge bildete in der Vorkriegszeit ein hart unstrittenes Problem, für dessen Lösung sich nur die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einsetzten. Das Unternehmertum widersetzte sich ihrer Einführung nach Kräften und erst auf Grund der dem Ausbruch des Krieges folgenden außerordentlichen Arbeitslosigkeit gelang es, diesen Widerstand zu überwinden. Die Regierung war gezwungen, der Stimmung der breiten Volksmassen Rechnung zu tragen. So wurde die Erwerbslosenfürsorge eingeführt und unter dem Drucke der Wirtschaftskrise wie dem Drängen der Gewerkschaften während der folgenden Jahre weiter ausgebaut.

Die ablehnende Haltung der Unternehmer gegenüber der Erwerbslosenfürsorge hat sich inzwischen nicht geändert. Sie erblicken in ihr eine sehr unbecommene sozialpolitische Einrichtung, die der von ihnen angestrebten Herabdrückung der Arbeitslöhne erhebliche Hindernisse in den Weg stellt. In neuerer Zeit tritt diese Abnei-

gung sogar wieder stärker hervor, besonders seit die Reichsregierung durch Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms eine verstärkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einleitete. Die von der Regierung zu diesem Zwecke unternommenen sozialpolitischen Maßnahmen werden zum Teil sehr scharf bekämpft, wobei zugleich der Nachweis versucht wird, daß ihr Ergebnis nicht wirtschaftsfördernd, sondern wirtschaftsnachteilig ist. Das geschieht auch in einem unter der Überschrift „Selbstkritik“ durch die bürgerliche Presse gehenden Aufsatz des Professor Gustav Kassel, in dem er von der „Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik“ redet.

Der Verfasser dieses Aufsatzes hat schon vor einiger Zeit durch eine Abhandlung in der „Sozialen Praxis“ die Aufmerksamkeit der sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Kreise auf sich gelenkt. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß er den Arbeitslosen, besonders aber den Gewerkschaften vorwarf, selbst an der bestehenden Arbeitslosigkeit schuldig zu sein, weil sie die für das Wiederaufleben der Wirtschaft erforderliche Senkung der Löhne verhindern. Die Unternehmerpresse ließ sich diese „Wissenschaft“ nicht entgehen, sondern sorgte für ihre weiteste Verbreitung. Inzwischen haben die Ausführungen Kassels sowohl in der „Sozialen Praxis“ wie in der Gewerkschaftspressen eine sehr eingehende Widerlegung gefunden. Das veranlaßte Kassel, seine Vorwürfe gegen die Gewerkschaften etwas abzuschwächen. Er habe keineswegs die gesamte Gewerkschaftsbewegung, sondern nur die geschlossenen, den Zutritt zum Gewerbe verhindernden Gewerkschaften und ihre monopolistische Lohnpolitik treffen wollen. Da es nun in Deutschland geschlossene Gewerkschaften nicht gibt, wären somit seine Ausführungen gegenüber den deutschen Gewerkschaften gegenstandslos. Sie sind aber auch im allgemeinen hinfällig, weil die Arbeitslosigkeit sich nicht auf die Länder mit geschlossenen Gewerkschaften beschränkt, sondern eine auf alle Industriestaaten erstreckende Krisenerscheinung ist.

Auf ähnlich schwachen Füßen stehen die Angriffe Kassels gegen die Arbeitslosenpolitik des Staates. Nach seiner Auffassung zerstört der Staat mit der Unterstützung der Erwerbslosen die natürliche Kontrolle darüber, daß die Gewerkschaften ihre Ansprüche nicht über das wirtschaftlich mögliche Lohnniveau hinausschauerten. Unter Umständen führe deshalb die Erwerbslosenunterstützung direkt zur Unterwühlung des Arbeitsmarktes und damit zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Das gleiche geschehe durch den Staat, wenn er — sei es auf dem Steuer- oder Anleihewege — den einzelnen Kaufkraft nimmt und diese Kaufkraft zur Schaffung künstlicher Arbeitsgelegenheit verwendet. Wenn man Arbeit schaffen wolle, brauche man Kapital. Es sei eine kindische Vorstellung, daß man dieses Kapital ohne weiteres aus dem aufgespeicherten Vorrat der Gesellschaft nehmen könne. Wenn man von dem auf der einen Seite in einem Produktionszweig beschäftigten Kapital nehme, so schaffe man damit ebensoviele neue Arbeitslosigkeit, als man mit Hilfe dieses Kapitals auf einem anderen Gebiete beseitigte. Daraus ändere sich auch nichts, wenn es sich um die Verwendung neuer Ersparnisse handle, da diese Mittel stets in irgend einer Weise festgelegt sind und ihre Verwendung gefunden haben. Jedes Eingreifen des Staates schaffe also eine Lücke und mache so seine Arbeitspolitik erfolglos.

Der von Kassel gegen die staatliche Arbeitslosenpolitik erhobene Vorwurf trifft seine eigenen Ausführungen. Diese gehen von der längst überwundenen manchesterlichen Auffassung aus, daß in der kapitalistischen Wirtschaft alles aufs Beste bestellt ist; man sie daher ruhig ihrer Entwicklung überlassen kann, womit sich dann alles von selbst regelt. Diesen Standpunkt haben selbst die Unternehmer aufgegeben und sie verstehen es, die Staatshilfe in weitestem Umfange ihren Interessen dienstbar zu machen. Ein Eingreifen des Staates in die Wirtschaft lehnen sie nur insoweit ab, als dadurch ihre Ausbeutungsfähigkeit beschränkt wird. Das ist bei allen sozialpolitischen Maßnahmen der Fall, gleichgültig, ob es sich um den Arbeitsschutz, die Arbeitszeitregelung, das Tarif- und Schlichtungswesen, die Sozialversicherung oder die Erwerbslosenfürsorge handelt. Der gleiche manchesterliche Standpunkt kommt in den Angriffen Kassels gegen die Gewerkschaften zum Ausdruck. Wie wenig sie ernst genommen werden können, geht daraus hervor, daß man sonst die ganze sozialpolitische Entwicklung der letzten 50 Jahre für unsinnig erklären müßte.

Die bestehende Massenarbeitslosigkeit beruht nicht auf einem mangelnden Ausgleich der Arbeitskräfte, der wie Kassel annimmt, durch eine Senkung der Löhne herbeizuführen ist, sondern auf Schwächung der Kaufkraft der breiten Volksmassen. Deshalb muß jede Senkung der Löhne zur weiteren Schwächung der Kaufkraft führen und das Übel verschlimmern. Selbst wenn die Senkung der Löhne mit einer Herabsetzung der Preise verbunden wäre, bliebe im besten Falle die Arbeitslosigkeit auf der gleichen Höhe.

Eine Besserung dieses Zustandes ist nur von steigenden Löhnen bei sinkenden Preisen sowie davon zu erwarten, daß man durch Unterstützung der Erwerbslosen und Schaffung von Arbeitsgelegenheit deren Kaufkraft zu erhalten bzw. zu erhöhen sucht. Daß hierzu die eingeleitete staatliche Arbeitsbeschaffung ungeeignet sein soll, ist wirklich nicht einzusehen. Bei den im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung vorgesehenen Arbeiten handelt es sich durchweg um solche werbender Natur. Ihre Ausführung erfüllt wirtschaftliche Bedürfnisse und müßte früher oder später doch erfolgen. Deshalb ist es wirtschaftlich durchaus zweckmäßig, sie jetzt in der Zeit der Krise vorzunehmen. Die Wirtschaft verliert nicht, sondern gewinnt dabei.

Völlig hinfällig ist schließlich die Annahme Kassels, daß das für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms erforderliche Kapital aus der produktiven Wirtschaft gezogen werden müsse, was die betroffenen Gebiete zur Einschränkung ihrer Produktion und Arbeiterentlassungen zwingt. Diese Annahme setzt voraus, daß das gesamte Kapital in der Wirtschaft produktiv oder verbend angelegt ist und jede Herausnahme von Kapital an der einen Stelle eine unausfüllbare Lücke an der anderen Stelle entstehen ließe. Träfe das zu, dann wäre das Entstehen neuer Produktionszweige nur auf Kosten der Existenz anderer möglich. Die Wirklichkeit zeigt das Gegenteil. Immer, auch in Zeiten sogenannten Kapitalmangels, gibt es in den Zirkulationskanälen und Sammelbecken der Wirtschaft Kapital, das keine Verwendung findet und diese sucht. Das ist besonders bei Krisen der Fall. Außerdem sorgt die kapitalistische Produktion durch die fortgesetzte Mehrwertbildung selbst dafür, daß überschüssiges Kapital entsteht. Und daß solches auch gegenwärtig vorhanden ist, zeigen die Effektenkurse an der Börse. Die staatliche Arbeitslosenpolitik ist daher nach keiner Seite zu beanstanden. Sie beweist lediglich die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die aus sich selbst nicht imstande ist, die für das Wohlbefinden aller ihrer Glieder erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und so ein staatliches Eingreifen zur unabwendbaren Notwendigkeit macht.

Staat und Wirtschaft haben, veranlaßt durch die mit der kapitalistischen Produktionsweise gemachten Erfahrungen, einsehen müssen, daß die wirtschaftlich Schwächeren nicht ihrem Schicksal überlassen bleiben dürfen. Ohne entsprechende sozialpolitische Maßnahmen und Einrichtungen ist die heutige Wirtschaft undenkbar. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß die Sozialpolitik immer mehr Gegenstand internationaler Regelung wird. Die Arbeitslosigkeit ist eines der schwierigsten sozialpolitischen Probleme. Seine Lösung muß herbeigeführt werden. Ohne nachdrückliches staatliches Eingreifen ist das nicht möglich. Damit werden die Unternehmer sich wohl oder übel abfinden müssen. **L.**

### Welt-Arbeitszeitproblem und bürgerliche Professorenweisheit.

Wer da glaubt, daß sich der Gedanke des Achtstundentages in Europa in seiner ganzen Realität durchgesetzt hat, gibt sich einem gewaltigen Irrtum hin. Die Meinungen über den Wert des Achtstundentages sind durchaus nicht einheitlicher Natur. Große Teile der europäischen Öffentlichkeit nehmen gegenüber dem Achtstundentag eine feindliche Haltung ein. Nicht sittliche und soziale Gründe sind es, die diese Haltung bestimmen. Ob in Italien, Frankreich, England oder in Deutschland gegen den Achtstundentag gestritten wird, es sind überall die gleichen Motive, die diesen Kampf veranlassen: Nämlich die Angst der Kapitalisten vor der Profitschmälerung.

Gerade bei uns in Deutschland ist der Kampf gegen den Achtstundentag besonders stark, und zwar darum, weil wir es in Deutschland mit einem besonders profitungstüchtigen Unternehmertum zu tun haben. Gerade in der letzten Zeit hat dieser Kampf an Aktivität zugenommen. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht irgend ein Arbeitgeberverband in einer Denkschrift oder in einer sonstigen Publikation die Beseitigung des Achtstundentages verlangt. Aber nicht nur in Deutschland, auch in den anderen Ländern nimmt der Kampf gegen den Achtstundentag zu. Die Wahrzeichen tragen nicht, das Kapital rüstet zu einem internationalen Vorstoß gegen den Achtstundentag. Der englische Bergarbeiterstreik ist hierfür ein markantes Beispiel.

Bei dem Kampf gegen den Achtstundentag kann natürlich die bürgerliche Wissenschaft nicht abseits stehen. Dies verwundert uns keineswegs, da sie doch von den Finanzen der Kapitalisten abhängig ist. Diese Kapitaldienerei ist aber derart stark ausgeprägt, daß selbst die anständigsten bürgerlichen Wissenschaftler in dem Kampf um den Achtstundentag sich auf die Seite der Unternehmer stellen und sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, den Kapitalisten die wissenschaftliche Begründung für

ihren nackten Interessenkampf zu liefern. Unter diesen Gelehrten befindet sich auch der englische Nationalökonom Professor Keynes. Vor einigen Wochen ging ein aus seiner Feder stammender längerer Aufsatz durch die westeuropäische Handelspresse. Und dieser Aufsatz beschäftigte sich mit den „vernichtenden Auswirkungen der kürzeren Arbeitszeit“. In seinen Betrachtungen stellt er die englische und japanische Textilindustrie einander gegenüber. Er sagt: Die lange Arbeitszeit in der japanischen Textilindustrie müsse als vorbildlich bezeichnet werden. Durch die Einführung der verkürzten Arbeitszeit in den englischen Textilfabriken haben sich die Unkosten bedeutend vermehrt. Die Unkosten lasten heute um 10 Proz. schwerer als vor dem Kriege auf den Betrieben. Obwohl die Zahl der Spindeln in Großbritannien zehnmal so groß sein als in Japan, produziere man in Japan mit der gleichen Sorte Spindeln vier-einhalb- bis fünfmal soviel Kattun als Großbritannien. Und dies sei nur möglich, weil die japanische Textilindustrie in zwei Wochenschichten zu je 60 Stunden arbeite. Dazu komme der wesentlich niedrigere Lohn des japanischen Arbeiters. Er verdiene durchschnittlich 1 Pfund Sterling die Woche. Keynes spricht sich daher, weil die Vorteile so groß sind, für die sofortige Beseitigung der verkürzten Arbeitszeit aus.

Aber was hat Professor Keynes vergessen zur sagen?

Der japanische Arbeiter ist kulturell sehr bedürfnislos. Höhere Interessen sind ihm bis jetzt fremd. Seine Kräfte sind noch durch keine jahrzehntelange kapitalistische Fronarbeit geschwächt. Er kann in keiner Weise mit einem europäischen bzw. englischen Arbeiter verglichen werden. Da die japanische Textilindustrie technisch stark im Rückstand ist, kann sie nur durch eine mörderische Frauen- und Kinderarbeit dieses Minus ausgleichen.

Zudem wird der japanische Kapitalist weder staatlich, noch durch die Arbeiter selbst in seinem Ausbeutungsstreben behindert. Da die Gewerkschaften erst sehr schwach ausgebildet sind, ist daher die Unternehmerwillkür Trumpf. Auf der Knochenarbeit beruht die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Textilindustrie.

Die japanischen Zustände auf Europa zu übertragen ließe Europa in die Barbarei des Frühkapitalismus zurückzuversetzen. Die schlechten kulturellen Verhältnisse eines noch nicht entwickelten Landes können niemals für hochentwickelte Länder richtunggebend sein. Im Gegenteil, nicht Europa hat sich an den japanischen Zuständen, sondern Japan hat sich an den europäischen Zuständen zu orientieren. Zwar werden noch einige Jahre hinstreichen. Aber auf die Dauer lassen sich die japanischen Verhältnisse nicht aufrecht erhalten. Die Entwicklung drängt nach vorwärts. Die allmählich zum Klassenbewußtsein erwachenden japanischen Arbeiter werden diesem Prozeß die nötige Ankurbelung verleihen.

Zweifelloso bedeutet der Neukapitalismus der asiatischen Länder eine große Konkurrenz für Europa, dem Mutterland des Kapitalismus. Auch die lange Arbeitszeit der asiatischen Kulis gefährdet den Achtstundentag der europäischen Arbeiterschaft. Aufgabe der gesamten internationalen Arbeiterschaft ist es daher, diesen Problemen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Die europäische Arbeiterschaft hat aber die Pflicht, besonders darauf zu achten, daß sie vor allem nicht gegenseitig zu Schmutzkonkurrenten werden.

Auch wir Deutsche können uns von dieser Pflicht nicht ausschließen. Unsere Aufgabe ist, unseren Achtstundentag gegen die Angriffe der deutschen Kapitalisten zu schützen. Und dort, wo er verloren gegangen ist, muß er zurückerobert werden. Die Überstundenwirtschaft ist zu beseitigen. Diesen Kampf haben wir mit aller Energie zu führen. Bedenklich blicken bereits die englischen Arbeiter nach Deutschland. Denn die Arbeitszeit in Deutschland ist viel länger wie die in England.

Dem internationalen Scharfmachertum müssen die Waffen aus der Hand geschlagen werden. Wir haben die internationale Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes mit verstärktem Nachdruck zu fordern.

Daher mit dreifacher Energie zum Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland. **P.**

### Eine weltumspannende Idee und ihre Verwirklichung.

Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung in allen Kulturländern der Welt eine starke Entwicklung aufzuweisen hat. Mit rund 55 000 Organisationen glaubte man sie an der Spitze der genossenschaftlichen Organisationsbewegung, aber diese Auffassung ist irrig. In einem Artikel über den „Einfluß F. W. Raiffaisens in der ganzen Welt“, den Prof. Dr. V. Tomjanz, der bekannte russische Genossenschaftler, im „Landwirtschaftlichen Genossenschafts-

blatt" der deutschen Raiffeisengenossenschaften veröffentlichte, ist u. a. festgestellt, daß die Kreditgenossenschaften Raiffeisenscher Art in der ganzen Welt die Zahl 80 000 erreicht haben und somit die stärkste Genossenschaftsgruppe der Welt bilden. Wenigstens nach der Zahl der Organisationen, denen die Konsumgenossenschaften mit ihren 55 000 am nächsten stehen. Und da es im ganzen etwa 300 000 Genossenschaften in der Welt gibt mit rund 50 Millionen Mitgliedern, so zeigt sich, daß Konsumgenossenschaften und Kreditgenossenschaften zusammen nahezu die Hälfte aller genossenschaftlicher Organisationen umfassen. Sicherlich aber mehr als die Hälfte, wenn man die landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt dazu zählt, unter denen die Kreditgenossenschaften — Darlehenskassenvereine — die stärkste Gruppe bilden.

Wenn man jedoch die Zahl der Mitglieder in Betracht zieht, so bilden die Konsumgenossenschaften mit ihren rund 55 Millionen Mitgliederfamilien die stärkste Genossenschaftsgruppe der Welt, denn es verbleiben allen übrigen Genossenschaften nur noch etwa 15 Millionen Mitglieder. Was im übrigen nicht weiter verwunderlich ist, denn die genossenschaftliche Verbraucherbewegung kann nach Wesen und Zweck aus sämtlichen Bevölkerungsgruppen rekrutieren, während die übrigen Genossenschaftsarten sich nach landwirtschaftlichen und gewerblichen Gruppen gliedern und im wesentlichen als Produzentengenossenschaften auf ein engeres Rekrutierungsfeld für die Mitgliederzahl angewiesen sind. Um so reicher ist die Artgliederung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsbewegung.

Die interessanteste Erscheinung in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung bildet aber jedenfalls die Tatsache, daß die Idee des hessischen Pfarrers Raiffeisen, Darlehenskassenvereine zu gründen, um das Kreditbedürfnis der Kleinbauern unabhängig von Bank und Börse zu machen, in allen Ländern der Welt nach gleichen Grundsätzen und Methoden Verwirklichung fand. Die gleiche Erscheinung bei der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, deren Idee geschichtlich an die „Redlichen Pioniere von Rochdale“ gebunden ist, macht die Sache nur noch interessanter. Sie findet ihre Erklärung wohl darin, daß alle großen Wahrheiten und Zweckmäßigkeiten einfacher Natur sind wie das „Ei des Kolumbus“ und deshalb auch bei allen Völkern gleichmäßig begriffen und ausgewertet werden können.

Daß die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung in Deutschland, was die Raiffeisengenossenschaften (Kreditgenossenschaften bzw. Darlehenskassenvereine) anbelangt, verhältnismäßig, d. h. nach der Größe des Landes, am stärksten entwickelt ist, wird nicht wundernehmen dürfen, da es ja das Geburtsland Raiffeisens selbst ist. Auch hier die gleiche Erscheinung, wie bei der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die im englischen Mutterland gegenüber allen übrigen Ländern der Welt dominiert. Man soll deshalb auch nicht mehr davon reden, daß der „Prophet“ in seinem eigenen Vaterlande nichts gelte. Er braucht nur richtig zu prophezeien.

Von den rund 40 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland sind mehr als die Hälfte Kreditgenossenschaften, wozu noch etwa 2000 gewerbliche Kreditgenossenschaften kommen. In Rußland zählen die wirklichen Raiffeisengenossenschaften 8000 Organisationen (vor dem Kriege 15 000!), in Indien gibt es unter 35 000 Genossenschaften 31—32 000 Kreditgenossenschaften und in Japan immer noch 12 000. Von den kleineren Ländern zählt die Tschechoslowakei 4500 Raiffeisen- und 1500 gewerbliche Kreditgenossenschaften, Rumänien immer noch 3500 Kreditgenossenschaften. Ungarn, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Finnland sind ebenfalls noch sehr stark an der Entwicklung der Raiffeisen- bzw. Kreditgenossenschaftsbewegung beteiligt.

Im ganzen ergibt die große Linie der Genossenschaftsbewegung einen Ozean finanzieller und wirtschaftlicher Organisationskraft, in welchem einerseits die Konsumgenossenschaftliche, andererseits die landwirtschaftliche Genossenschaftsgruppe — diese nach der Zahl der Organisationen, jene nach der der Mitglieder — die stärksten Exponenten der Bewegung bilden. Und da ihre Interessen (im Preis der Ware) nur scheinbar entgegengesetzt sind, sich vielmehr in den Konsumgenossenschaften verbinden und ausgleichen können — direkte Lieferung zur direkten Verteilung und gleichzeitige Mitgliedschaft —, so mag die weltumspannende Idee der Genossenschaftsbewegung wohl auch einmal zur Konzentration der Konsumgenossenschaftlichen und landwirtschaftlichen Kräfte auf den einen Punkt führen: Gütererzeugung und -austausch nach genossenschaftlichen Grundsätzen und Methoden. Eine Idee, der auf beiden Gebieten schon kräftig vorgearbeitet ist und auf deren Verwirklichung alle hoffen, die den Egoismus der Menschen und der Dinge von 1914 bis heute kennengelernt haben.

## Die Gewerkschaften im Jahre 1925.

Aus dem Inhalt des demnächst erscheinenden neuen Jahrbuches der Berufsverbände im Deutschen Reiche gibt das erste Heft des Reichsarbeitsblattes, Jahrgang 1927, eine kurze Übersicht über die Mitgliederstärke der Arbeitnehmerverbände am Ende des Jahres 1925. Die in den Kreis der Betrachtung gezogenen Verbände umfaßten Ende 1925 insgesamt 6 537 139 Mitglieder, von denen 5 212 797 = 79,1 Proz. den Arbeiterverbänden und 1 374 342 = 20,9 Proz. den Angestelltenverbänden angehörten. Im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung können als ihre Hauptteile drei in sich abgeschlossene Gruppen unterschieden werden, die jede für sich Arbeiter-, Angestellten- und auch Beamtenverbände mit der gleichen Zielsetzung vereinigen. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Mitgliederstärke der drei Gruppen der Arbeitergewerkschaften Ende 1925 und im Vergleich zu diesen auch die Endzahlen für 1924.

Es hatten Mitglieder:

	1925		1924	
	insgesamt	v. H. der Gesamtzahl	insgesamt	v. H. der Gesamtzahl
Der ADGB. . .	4 182 511	85,0	4 023 897	84,1
Der Gesamtverb. christl. Gewerk.	582 519	11,8	612 952	12,8
D. Dtsch. Gewerkvereine (H.-D.)	157 571	3,2	147 280	3,1
Summe	4 922 401	100,0	4 784 099	100,0

Die drei Gewerkschaftsgruppen zusammen verzeichnen gegen 1924 eine Zunahme von 133 302 Mitgliedern, gleich 2,9 Proz. Daran beteiligt sind der ADGB. und die Deutschen Gewerksvereine. Die christlichen Gewerkschaften weisen dagegen eine Abnahme der Mitgliederzahl auf, und zwar um 30 633 = 5,0 Proz. Der Anteil der Mitgliederzahl an der Gesamtzahl hat sich inzwischen dem ADGB. und den christlichen Gewerkschaften gegen 1924 etwas zuungunsten der letzteren verschoben. Zu solchen Vergleichen bieten aber die Jahreszahlen keine geeignete Grundlage, da sie zufälligen Schwankungen ausgesetzt sind, die bei der Berechnung der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt sich ausgleichen. Solche Durchschnittszahlen fehlen jedoch bei den deutschen Gewerksvereinen. Zu den vorstehend aufgeführten Gewerkschaftsgruppen kommen dann noch vier Verbände kommunistischer Richtung, deren Mitgliederzahl für Ende 1925 zusammen auf 26 486 angegeben wird, und schließlich noch die Gruppe der selbständigen Verbände mit zusammen 15 701 Mitgliedern. Alles Gebilde, die dem Unternehmertum nicht wehe tun, wohl aber die Geschlossenheit der Arbeiter in ihren Kämpfen schädigen.

Bei den Angestelltenverbänden fehlen die Mitgliederzahlen für 1924. Am Ende des Jahres 1925 hatten Mitglieder: Der Allgemeine freie Angestelltenbund 482 185, der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (christliche Organisationsrichtung) 411 113, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 273 016 und der Deutsche Bankbeamtenverein 40 586. Die letzteren beiden Bünde zählen zusammen mit den Deutschen Gewerksvereinen zu der freiheitlich nationalen Gewerkschaftsrichtung.

Zu den vorstehend aufgeführten drei Gruppen der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften kommen dann noch zu jeder Gruppe Beamtenverbände. Der freigewerkschaftlichen Organisationsrichtung ist angeschlossen der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, zu der christlich-nationalen zählt der Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften und zu dem freiheitlich-nationalen Bunde gehört der Ring Deutscher Beamtenverbände.

Es hatten 1925 Mitglieder:

D. Gesamtverb. Dtsch. Beamtengewerksh.	302 977
Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund	178 296
Der Ring Deutscher Beamtenverbände	54 000

Als die stärkste Spitzenvereinigung der Beamten, die bis 1926 außerhalb einer Gruppenverbindung stand, ist der Deutsche Beamtenbund zu nennen, der sich im Oktober 1926 mit dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften zu einem Verbände unter der Bezeichnung „Deutscher Beamtenbund“ zusammenschloß. Dieser größte Beamtenbund zählte vor der Verschmelzung 902 889 Mitglieder, von denen jedoch nach einer Aufstellung von Anfang Dezember 1926 nur 188 565 beamtete Mitglieder verschiedener Verbände den Obertritt vollzogen haben sollten.

Nach dem Erscheinen des angekündigten neuen Jahrbuches wird eine eingehendere Beschreibung der Gewerkschaften erfolgen und dabei besonders ihre finanzielle Leistungsfähigkeit gewürdigt werden.

## Die Gewerkschaftsbewegung auf dem Balkan.

Auch in Griechenland wurde 1920 die Gewerkschaftsbewegung gespalten. Der allgemeine Gewerkschaftsbund Griechenlands hatte bis 1920 in 350 Organisationen 170 000 Mitglieder. Durch die Spaltung verlor er die Mehrzahl seiner Mitglieder, so daß er 1925 nur noch 60 000 Mitglieder hatte. Aber im April 1926 wurde in Piräus ein gemeinsamer Kongreß abgehalten, auf dem beschlossen wurde, die Einheit der griechischen Gewerkschaften wieder herzustellen. Gleichzeitig wurde jede Verbindung mit den Kommunisten grundsätzlich abgelehnt. Die neue Gewerkschaftsbewegung verfolgt eine Politik der reinen Sachlichkeit, die nur den griechischen Gewerkschaftsinteressen dienen soll und allen politischen Parteien gegenüber ihre absolute Unabhängigkeit wahrte. Ebenso wurde grundsätzlich der Anschluß an die Amsterdamer Internationale beschlossen. Die endgültige Entscheidung hierüber wird auf dem nächsten panhellenischen Kongreß fallen, der 1928 in Saloniki stattfinden wird. Durch die ständig wechselnden politischen Verhältnisse in Griechenland waren die gewerkschaftlichen Arbeiten stark behindert.

In Rumänien wurde die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung durch ein neues Gesetz angetrieben, das die Autonomie der Berufsgenossenschaften begünstigt. Der rumänische Gewerkschaftsbund hatte vor seiner Auflösung im Jahre 1920 über 200 000 Mitglieder. Infolge der Generalstreiks und der kommunistischen Unruhen im Jahre 1921 wurden alle Gewerkschaften in Rumänien aufgelöst. Erst nach einem Jahre konnte man an den Wiederaufbau der Gewerkschaften gehen. Nach einem Bericht des Allgemeinen Gewerkschaftsrates der rumänischen Arbeiter betrug der Gesamtbestand aller Mitglieder im September 1924 ca. 52 000 Personen. Diese Zahl wurde 1926 wiederum auf ca. 30 000 erniedrigt. Der Gewerkschaftsrat beschloß außerdem den Anschluß der rumänischen Gewerkschaften an die Gewerkschafts-Internationale von Amsterdam. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß keine kommunistischen Arbeiter der neuen Gewerkschaftsorganisation angehören können. Ein Teil der kommunistischen Arbeiter schuf dagegen einen sogenannten Arbeiterrat der rumänischen Gewerkschaften. Die beiden Organisationen bekämpften sich längere Zeit auf das heftigste. Seit einiger Zeit sind jedoch Verhandlungen eingeleitet, um die Gewerkschaftsbewegung in Rumänien einheitlich wieder herzustellen. Die Verhandlungen dauern noch fort. Der Einfluß der Gewerkschaften ist bedeutend in Siebenbürgen, im Banat und in der Bukowina. Außerdem in Alt-Rumänien, in den Hafenstädten, wo die Hafen- und Transportarbeiter verhältnismäßig sehr gut organisiert sind; sie zählen eine Mitgliedschaft von 2000 bis 2500. Nicht genug, daß sich die Arbeiter gegenseitig bekämpfen, wodurch die Gewerkschaftsbewegung in Rumänien geschwächt wird, kämpfen die heutigen Machthaber auch noch mit den reaktionärsten Mitteln gegen die Gewerkschaftsbewegung. Nicht genug, daß das rumänische Klassenparlament ohne die arbeitenden Klassen, aber über die arbeitenden Klassen das Streik- und Gewerkschaftsgesetz geschaffen hat, werden die Brotkämpfe unmöglich gemacht und die Organisation der arbeitenden Massen erschwert, nicht genug, daß die an der Macht Sitzenden mit ihrer gewissenlosen Arbeitspolitik viele Tausende Arbeiter arbeitslos gemacht haben, werden obendrein die organisierten Arbeiter einzelner Städte gezwungen, gegen jene öffentlichen Machthaber zu kämpfen, die entweder aus Unwissenheit oder aus Übermut weder Gesetz noch Verordnungen respektieren und über die Arbeiterschaft im wahrsten Sinne des Wortes herrschen und sie tyrannisieren. Die öffentlichen Machthaber (sogar die) lachen sich ins Fäustchen, denn wenn nachträglich auch irgend eine Korrektur vorgenommen wird, so haben sie dem Arbeitgeber doch eine kleine Gefälligkeit erwiesen und die Schikanierung der Arbeiterschaft ist vollzogen.

In Bulgarien war bis 1924 die Arbeiterschaft in zwei Gewerkschaftsgruppen geteilt: Die Allgemeine Gewerkschafts-Union, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen ist und die Allgemeine Gewerkschafts-Union der Arbeiter, die der Moskauer Internationale angehört. Ende 1922 zählte die erste Union nur 17 600 Mitglieder, während die zweite über 34 000 Mitglieder in 19 großen Verbänden besaß. Aber seit den großen kommunistischen Unruhen im Januar 1924 hat die Moskauer Gewerkschaftsunion sehr viele ihrer Mitgliederstand verloren. Die Amsterdamer Gewerkschafts-Union zählte damals 14 800 Mitglieder, hat aber in den letzten Jahren ihre Zahl auf über 40 000 steigern können. Sie wurde besonders gestärkt durch den Beitritt der Gewerkschaft der Landarbeiter, die über 23 000 Mitglieder zählt. Außer diesen sozialistisch orientierten Gewerkschaften besteht noch eine sogenannte Union der Berufsgenossenschaften, die über 34 000 Mitglieder zählt. Ihr gehören u. a. an: Lehrer, Ingenieure, Zollbeamte, Ärzte, Künst-

ler, Architekten, Richter, Bankbeamte usw. Diese Union ist zwar offiziell neutral, bedeutet aber schon durch ihre bloße Existenz eine große Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses in Bulgarien.

### Die Unternehmerverbände wollen sich der Lehrlingsfachschnulen bemächtigen.

Den Bestrebungen der Unternehmerverbände, an Stelle der gegenwärtigen Berufsfachschnulen eigene Vereinfachschnulen einzurichten, muß die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Man hat jüngst, wie aus der Zeitschrift der Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ hervorgeht, mit einer eifrigen Propaganda in dieser Richtung begonnen. Als Vorbild soll die Lehrlingsfachschnule des Verbandes schlesischer Metallindustrieller dienen, wo sämtliche Mitglieder des Verbandes zur Ausbildung ihrer Lehrlinge in diesen Unternehmerverbänden verpflichtet sind. Auf die Lehrlinge selbst soll ein starker Zwang ausgeübt werden. In dem Lehrvertrag muß sich der Lehrling zum vierjährigen Besuch der Verbandsfachschnule und zur Ablegung der Gesellenprüfung vor dem Prüfungsausschuss der Werkschulvereinigung und der Industrie- und Handelskammer verpflichten. Ein ganz besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß in diesen Lehrlingsfachschnulen nicht nur die fachlichen Kenntnisse übermitteln, sondern auch für die Erziehung der Jugendlichen, ihre „körperliche und sittliche Erziehung“ Sorge getragen werden soll. Dafür zeugt auch die große Rolle des Turn- und Sportunterrichts, der allerdings nach Betriebschluß oder an Sonntagen stattfindet. Der Zwang zur Prüfung, wozu der Lehrling sich bereits bei seinem Eintritt verpflichtet muß und von deren Ausfall seine Weiterbeschäftigung als Geselle dem Lehrvertrag zufolge abhängig gemacht werden kann, soll ebenfalls die Macht der Unternehmerverbände wesentlich erhöhen. Bisher war die Gesellenprüfung nur für Lehrlinge im Handwerk nötig. „Wie im „Arbeitgeber“ selbst mitgeteilt wird, haben jedoch von tausend in der Metallindustrie ausgebildeten Lehrlingen nicht mehr als drei ihre Handwerksmeisterprüfung abgelegt, die große Mehrzahl ist als Facharbeiter und Werkmeister in der Industrie verblieben. Nach dem Wunsche der Unternehmerverbände sollen nun auch die industriellen Facharbeiter eine Prüfung ablegen, und die Prüfungskommission soll aus Mitgliedern des Unternehmerverbandes und der Vertreter der Handels- und Industriekammern bestehen. Das gegenwärtig in Vorbereitung befindliche Berufsausbildungsgesetz soll nach Mitteilung des „Arbeitgeber“ diese Prüfung anerkennen, ja, der maßgebende Referent im Ministerium soll sogar die rückwirkende Anerkennung der bis zum Inkrafttreten des Berufsausbildungsgesetzes durchgeführten Prüfungen in Aussicht gestellt haben. Wir möchten bezweifeln, daß im neuen Gesetz den einseitigen Vertretern der Unternehmer ein solches Recht zugestanden werden kann. In der Propaganda der Arbeitgeber für die Einrichtung dieser Vereinfachschnulen wird kein Hehl daraus gemacht, daß es sich um den Kampf um die Seele des jugendlichen Arbeiters handelt, um „weitgehenden sittlichen Einfluß auf die jugendlichen Seelen zu gewinnen“ und in ihnen neben körperlicher „Erziehung“, „religiös-sittliche Kräfte zu wecken“. Das heißt, es sollen nicht die Gewerkschaften, die Organisationen der erwachsenen Arbeiter, deren Arbeitskollegen die Jugendlichen sein werden, Einfluß auf ihre seelische Entwicklung gewinnen, sondern die Unternehmerverbände. Sie sollen mit den Idealen der Unternehmer und nicht mit denen der Arbeiter erfüllt werden. Die Gefahr, die in diesen Bestrebungen der Unternehmer liegt, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

### Lohnverhandlungen der Buchbinder.

Am 20. Januar wurde auf Antrag des Buchbinderverbandes Lohnverhandlungen geführt, um die Löhne in den Großbuchbindereibetrieben einer zeitgemäßen Erhöhung zu unterziehen. Gefordert war eine 15-prozentige Erhöhung des geltenden tariflichen Spitzenlohnes, die begründet wurde mit der inzwischen eingetretenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten. (Das geltende Lohnabkommen ist Mitte 1925 abgeschlossen worden). Die Unternehmer waren ganz selbstverständlich gegen eine Erhöhung der Löhne; ja sie fühlten sich sogar stark genug zu sagen, „daß man zur Zeit kritisch prüfen müsse, ob und inwieweit die Löhne für die Großbuchbindereien nicht schon über das Ziel hinausgeschossen seien“. Trotz langer Auseinandersetzungen kam es zu keiner erhöhenden Neuregelung des tariflichen Spitzenlohnes. Es wurde schließlich beschlossen, die Laufzeit des geltenden Lohnabkommens bis zum 13. April zu verlängern.

Einen ähnlichen Verlauf nahmen auch die für die Kartonagenindustrie geführten Lohnverhandlungen, die mit der Neuberatung des Tarifes verbunden waren. Die Laufzeit des geltenden Lohnabkommens wurde bis zum 23. April 1927 und die des Tarifes bis zum 31. Januar 1929 verlängert.

### Schmutzkonzurrenz auf Kosten der Qualität.

Auch im graphischen Gewerbe breitet sich die Schmutzkonzurrenz immer mehr und mehr aus. Die Preisunterbietungen machen riesige Fortschritte; die Waren werden verschleudert. Trotz vorgeschriebenen Konventionspreisen, welche den Unternehmern als Richtschnur dienen sollen, werden riesige Rabatte gewährt und bis zu 50 Prozent unter Preis werden die Waren abgegeben.

Alles dies können sich die Unternehmer nur erlauben, weil sie die arbeitende Kraft immer stärker unter Druck stellen und von ihr die Fertigstellung einer Arbeit in immer kürzerer Zeit verlangen. Es ist natürlich nie möglich, ein Produkt, welches 6-7 Stunden Arbeitsleistung in Anspruch nahm, nun mit einem mal genau so gut ausgeführt, in einer halben Stunde herzustellen. Die Produkte müssen eben in solchen Firmen nur zusammengepöfcht werden und geht natürlich alles auf Kosten der Qualität.

Dieses System grassiert heute speziell im Chemigraphiegewerbe. Sind es doch ganze Städte, welche heute diese Schmutzkonzurrenz treiben und nicht mehr Qualitätsarbeit leisten, sondern ihre Betriebe nur auf Quantitätsarbeit eingestellt haben. Es ist sogar soweit in diesen Städten gekommen, daß eine Firma mit der anderen um die Leistung der größten Menge Schund konkurriert. Die Druckereien können diesen gelieferten Schund oft nicht einmal drucken. Die Klischees sind zumeist sehr flach, auch fehlen nicht selten die Halbtöne vollständig. Oft sind diese Klischees mit dem Original nicht mehr in Einklang zu bringen; es ist ein ganz anderes Bild geworden. In der letzten Zeit soll es vorgekommen sein, daß eine Druckerei die gelieferten Klischees dreimal an eine Berliner Kunstanstalt (Klischeebäckerei) zurückgesandt hat mit dem Vermerk: „Klischees nicht druckfähig, wir bitten dieselben besser durchzuarbeiten“. Die noble leistungsfähige Kunstanstalt erklärte dann zum Schluß der Buchdruckerei, daß sie bei den niedrigen Klischeepreisen nicht in der Lage sei, bessere Klischees liefern zu können. Die Buchdruckerei war gewöhnt, einige von den gelieferten Klischees in ihrer eigenen Anstalt nochmals herzustellen, um nicht die Kundschaft zu verlieren. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, daß es auch noch Leute gibt, welche auf Qualität der Arbeit sehen. Hoffentlich kommen die anderen Buchdruckereien auch bald zu der Einsicht, daß sie mit den heutigen Schund von Klischees keine guten Druckarbeiten mehr liefern können. Nur durch Lieferung von Qualitätsarbeit wird es möglich sein, den Weltmarkt wieder zu erobern. War es doch vor dem Kriege so, daß Deutschland betreffs Qualität in der Druckleistung, mit an der Spitze stand. Heute haben verschiedene Länder uns weit übertroffen. Wir können dieses Manko nur wett machen, indem wir uns wieder umstellen und Qualitätsarbeit liefern.

Aber nicht nur die Unternehmer sind die Alleinschuldigen an dem Niedergang des Chemigraphiegewerbes; auch ein Teil Kollegen ist mit Schuld. Gibt es doch heute eine große Anzahl von Kollegen, welche mit dem heutigen System zufrieden sind. Meistens sind es solche Kollegen, die ein Klischee nur mittels Atzmaschine herstellen können. Diese Kollegen haben natürlich schon in ihren Lehranstalten nichts anderes kennengelernt; sie verlieren jeden seelischen Anteil an ihrer Arbeit und sind zumeist nur einseitig ausgebildet.

Kollegen! Wir dürfen nicht interessellos dieser Entwicklung gegenüberstehen! Wir müssen mitgehen mit der Zeit, müssen uns weiterbilden. Die zukünftige Entwicklung wird uns zeigen, daß ein Gewerbe, welches Schund liefert, sich selbst zugrunde richtet. Andere graphische Verfahren werden sich breit machen und unsere Arbeit übernehmen. Deshalb Kollegen, gebt euch nicht her zum Totengräber des Chemigraphiegewerbes, stellt euch um, sorgt dafür, daß wieder Qualitätsarbeit in unseren Betrieben wird. Lehnt auch die Einführung von Kontrollzetteln ab, denn mit diesen wollen die Unternehmer die Gehilfen gegeneinander ausspielen und dadurch das Wählsystem noch fördern. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Niedergang des Chemigraphiegewerbes aufzuhalten. Zeigt den Unternehmern, daß ihr mehr Interesse am Fortbestand der Chemigraphie habt als wie sie selbst. G. G.

### Wie hoch sind die Verdienstsätze bei Photographen?

Darüber berichtet die „Photographische Chronik“:

Das Landesfinanzamt Berlin hatte ein bestimmtes Finanzamt in Groß-Berlin beauftragt, Erhebungen zu veranstalten über die mutmaßlichen durchschnittlichen Verdienstsätze bei Photographen. Im vorigen Jahre hatte das betreffende Finanzamt folgende Sätze festgestellt:

Porträtphotogr. u. gem. Betriebe	25-40 Proz.
Industriephotogr. u. gem. Betriebe	40-75 Proz.
Pressephotographen u. gem. Betriebe	20-25 Proz.

In diesem Jahre hat dieses Finanzamt nun diese Sätze aus eigener Initiative ganz erheblich herabsetzen müssen. Es hat festgestellt können, daß die Generalunkosten bei den Photographen in erheblichem Maße gestiegen sind, zum Teil erklärlich durch höhere Mieten, während der Umsatz ganz bedeutend nachgelassen hat. Das Finanzamt hat folgende Durchschnittssätze ermittelt:

Für Porträtphotographen	10-15 Proz.
Für Industriephotographen	20-40 Proz.
Für Pressephotographen	20-25 Proz.

### Feuilleton.

#### Moskauer Nachtsytle.

Übertragen von Victor Kalinowski.  
Im Moskauer „Trud“ gibt Sofia Winogradskaja ihre Eindrücke wieder, die sie in den Nachtsytle gelegentlich der Volkszählung gesammelt hatte. Aus ihren Schilderungen sei folgendes angeführt:

Nachtsytle... Mit diesem Wort unveränderlich verbunden ist die Vorstellung von den Schlafwinkeln einer Großstadt, von den Speulunken der Sittenverderbnis, von Dieben, Mördern, Dirnen.

Das Nachtsytle war ehemals die letzte Stufe. tiefer konnte man nicht sinken. Wer darin versank, fand keinen Ausgang mehr. Wie ein Schwamm sog es allen Abschaum des Lebens ein. Es verschlang alle, die das Kapital von Haus und Scholle verjagte, aller Mittel entblöbte, in ferne Gegenden nach Lohn und Arbeit trieb und schließlich, ausgebeutet und ausgepreßt, auf die Straße warf. Neben dem durch Steuern ruinierten Bauern und dem hinausgeworfenen Fabrikarbeiter ging dorthin der hungrige Student, der bankrotte Kaufmann, der oft hochadlige Höfling.

Das am meisten berichtigte Nachtsytle war die Chitrowka. Sie wurde nach der Revolution geschlossen, doch behielt sie den Charakter einer Herberge für Obdachlose.

Wir besuchten zuerst die Männerabteilung. Beklemmender Schweißgeruch schlug uns entgegen. Eng nebeneinander, auf kalten Pritschen, angekleidet, schlafen die Leute. Aus Lumpen, zerfaserten Hosen, verschlissenen Bauernkitteln, löcherigen Überziehern, schmutzigen Resten eines Soldatenmantels starren die nackten, schmutzigen, mit Schorf, Wunden und Beulen bedeckten Füße.

Die Obdachlosen sind auf verschiedene Räume verteilt. Oben hausen die noch „Arbeitenden“, das sind solche, die mehr oder weniger schaffen und sich ihr Brot verdienen. Unter kampieren die bettelarmen gelegentlichen Zuwanderer, die „Unbekannten“ und Arbeitslosen. Der äußerste Saal beherbergt die „Abgelugneten“: Diebe, Taugenichtse, gewesene Menschen. Es gibt noch „Zimmer“, in denen drei bis vier Mieter wohnen. Sie schlafen getrennt, hausen dort auch am Tage und zahlen drei Kopeken. Das sind die „Aristokraten“ oder „Grafen“, wie sie von den Insassen genannt werden.

Die meisten Obdachlosen stammen aus Zentralrußland. Zum großen Teil ehemalige Bauern, Greise, von Almosen lebend. Viele Trödler und Abfallhändler.

„Ich, meine Liebe, sammle Knochen, suche Lumpen und Flaschen. Flaschen — gutes Geschäft: vier Kopeken pro Stück. Verkaufte sie an die Fabrik.“

Langanhaltender Husten reißt an der Lunge. Auf der Bank sitzt ein Kahlkopf mit fuchsröttem Bart. 57 Jahre. Aus Wolhynien. „Ich kenne den Namen meines Vaters nicht“, wirft er abgerissen dazwischen. „Bin ein Mensch ohne Vater. Händler, sammle Abfall und Schrott.“ „Goldschmied, Meister“, fügt der Nachbar mit lautem Gelächter hinzu.

Aus einem Mantel lugt ein schwarzer Kopf. Schmale Augen, Knopfnase — ein Tatar aus Kasan, 19 Jahre. Zwei Monate ohne Arbeit, kam nach Moskau, um etwas zu verdienen.

Weiter: Lastkutscher, Diebbohner mit gelbfarbigen Füßen, Arbeiter vom Brjansk Bahnhof. Der Bahnhof ist die Daseinsquelle für viele. „Ich lebe von — ja, wovon? Arbeite manchmal am Bahnhof, trage Irghendas — na, und es geht“, bemerkt ein Wächter a. D.

Ein Mann von mittleren Jahren, nicht schlecht gekleidet, mit zerschlagener Nase, antwortet: „Ich war im Gummistrumpf, vor einer Woche entlassen.“

An die Reihe kommen die Buchhändler vom Lubjankaplatz. „Wir handeln mit Büchern — auf der Lubjanka. Sicherlich. Das werdet ihr schon wissen. Kommt und kauft! Billige Bücher!“

Mit schwerem Schritt kommt ein beleibter, verfilzter Mensch heran. Er schlentert mit seinen großen Händen. Bei jedem Wort schnappt er nach Luft. „Ich kann alles. Alles. Gebt mir Kinder — ich bringe ihnen was bei. Warum? Kartonmagier kann ich auch. Bin alter Meister. Eigentlich müßte ich Kinder unterrichten. Gebt mir Kinder — ja!“ Er schreit und schreit. Sein Kopf zittert. Endlich beruhigt er sich, setzt sich, spricht auf seine Nachbarn ein. Die großen, schweren Hände gestikulieren.

Ein junger Bursche will nicht antworten. Heuchelt Trunkenheit. „Ich bin Pole, aus Kowno. Nein, nicht aus Polen. Weiß selber nicht, woher ich bin. Arbeite in einer Werkstatt.“ Dann zankt er einen aus. Dieser schweigt. „Warum beschimpfen Sie den?“ „Warum? Weil er Jude ist.“ „Ja, ist das ein Grund?“ „Och, Bürgerin, ich kanns in Ihrer Anwesenheit nicht sagen!“

Der Jude schweigt noch immer. Mittelmäßige Bildung. Provisor. Kam aus Leningrad, Arbeit suchend. Keine zu haben.

Der springende Punkt ist: kein Obdach, keine Existenz. Das Nachtsyl ist die einzige Rettung, der letzte Strohalm. Lehrer, Studenten, Buchhalter leben hier. Am Tage schaffen, studieren sie, wissen jedoch nicht, wo sie die Nacht verbringen sollen. Im Sommer ist das Nachtsyl mit Saisonarbeitern überfüllt. Eine Wohnung ist nirgends aufzutreiben, die Baracken sind auch unzureichend. Jede Nacht hat Moskau 10- bis 20 000 Wohnungslose, die das Nachtsyl verschluckt.

Trotzdem ist das Nachtsyl nicht mehr wie früher ein Schlupfwinkel für Diebe und Prostituierte. Die Diebe selbst verhalten sich ruhig. Die Frage nach dem Selbst beantworten sie mit arbeitslos. Selten geben sie das Stehlen als ihr Handwerk zu. Sie bezeichnen sich als gesund, obwohl bei manchen die Kennzeichen einer Krankheit sichtbar sind. Alle geben an, sie seien ledig, sofern sie älter sind — verwitwet.

Die Asyls sind gegen früher verhältnismäßig reinlich. Die Wände sind buttergelb getüncht, mit Merkworthen oder Parolen versehen. Im Saal für Diebe ist das Merkwort zu lesen: „Trunkenheit führt zu Diebstahl, Armut und Rauferei.“ Oder: „Wo die Laus ist, ist auch der Typhus.“ Hier hat jemand mit dem Fingernagel die „Laus“ ausgekratzt. Die Inschrift: „Vor Taschendieben wird gewarnt“ wurde durch das Wortspiel ersetzt: „Vor Masern wird gewarnt!“

Zum Abschied rief uns ein fröhlicher Schrotthändler nach: „Bleibt hier! Bei uns ist es nicht schlecht — warm und mollig!“

Durch die Schlafräume für Männer gelangt man in die Abteilung für Frauen. Vor der Tür hängt ein Schloß. Für die Nacht werden die Frauen eingeschlossen. Die Aufseherin überzeugt sich von Zeit zu Zeit, ob auch die Tür verschlossen ist oder ob...

Wer verbringt die Nacht hinter diesem Schloß? Die Verstoßenen — das sind die Bewohnerinnen des Nachtsyls für Frauen. Jede hat ihr Drama, ihre Tragödie. Meist sind es junge, während der Schwangerschaft von Männern verlassene Frauen. Im Asyl erwarten sie die Geburt. Wo sollen sie sonst hin? Hier bleiben sie mit dem Neugeborenen, sofern es nicht in einem Kinderhort untergebracht werden kann. Sich vom Kindchen trennen — oder...

„Zum Beispiel: aussetzen“, bemerkt eine. Viele Frauen leben hier mit ihren Kindern, mit ihren Säuglingen. Schwangere und bereits mit Kindern gesegnete. Die Mutter nährt ihr Kleines und plaudert gelassen. Lebte in der

Provinz. Der Mann ging nach Moskau. Schrieb nicht mehr. Sie fuhr ihm nach, ihn zu suchen, denn ihre schwere Stunde nahte. Wo mag er nur sein? Sie weiß es nicht. Und so gebar sie im Nachtsyl...

Ihre Nachbarin hat es besser, deren Kind ist im Kinderhort. Beide suchen Beschäftigung, helfen einander. Sie fanden sich im gemeinsamen Leid.

Gegenüber hockt ein blendend schönes Mädchen, siebzehnjährig. Schwarze, lange Zöpfe ringeln sich auf ihrem Rücken. Ein weißes, einst schönes Kleid hängt in Fetzen herunter. Die ehemals schmucken Pantoffeln sind längst abgetreten, zerrissen, mit Bindfäden gebunden. Sie liest ein Buch. Bereitwillig gibt sie Auskunft. Tochter eines sibirischen Goldindustriellen. Lebte letztem vom Schokoladenhandel. Seit August handelt sie nicht mehr. „Warum?“ „Sehen Sie das nicht? Schwanger im neunten Monat. Mein Mann verlieb mich.“ Sie lebt jetzt davon, was ihr die Bekannten ihres Vaters geben. Ihre Mutter wohnt in Moskau. „Warum sind Sie nicht bei der Mutter?“ Sie schweigt. „Na, was machts!“ tröstet sie die Nachbarin, eine alte, auf der Reise nach Palästina steckengebliebene Jüdin. „Was machts, wenn auch dein Vater reich war! Auch ich war nicht arm. Alles hatte ich. Gott sei Dank! Man bestahl mich — Gott wollte es. Man bestahl mich just auf der Reise nach Palästina. Egal — Gott wird mir schon helfen!“

Dem Gespräch hört eine dritte zu. Die Haare nach hinten gekämmt. Blaues Kleid. Offenes Gesicht. „Und wer sind Sie?“ „Arbeitslos, handle mit Büchern. Neunzehn Jahre.“ Ihre „Ware“ liegt unterm Kissen.

Eine andere: Bubikopf. Tiefliegende, mit erkaltetem Stolz blickende Augen. „Warum sind Sie hier?“ „Darum, weil ich keine Arbeit habe, weil zu Hause kein Platz für mich ist.“ „Verheiratet?“ „Ledig. Ist das nicht gleich?“

An die Reihe kommt ein Backfisch, mit Lumpen bedeckt, mit schweifendem Blick und wirrem Haar. Bei unserem Erscheinen flüchtet die Kleine mit wildem Gekeisch. Die Freundin bringt sie zurück, nötigt sie ins Bett, deckt sie zu, beruhigt sie und plaudert mit ihr. Woher kommen die beiden? Wer sind sie? Welchen Weg wandeln diese zwei Wesen?

Im gegenüberliegenden Winkel hausen zwei andere. Der Weg ihres Lebens ist gleich erkennbar. Sie haben sich verabredet. Kennen ihr Alter nicht. „Meinen Geburtschein habe ich längst verloren“, schreit die eine, „was mich auch gar nicht reut.“ „Wie alt sind Sie ungefähr — 15, 40 Jahre?“ „Ob 15 oder 40 — mir egal. Meine Jahre interessieren mich nicht. Woher ich gebürtig bin, ist auch nicht wichtig. Meine Mutter sagte es nicht bei meiner Geburt, na, und ich habe sie auch nicht gefragt, wo sie mich zur Welt brachte.“

Die Freundin interessiert sich auch nicht für ihre Jahre. Sie lacht häßlich, wobei die offenen Lippen klaffende Zahnlücken sehen lassen. Womit ich mich beschäftige? Mit nichts! Am Tage bin ich meiner Mutter Gast, nachts bin ich hier. „Schwindle nicht“, sagt die Aufseherin, „bekenne, daß du stielst. Alle wissen das.“ „Wie sollte ich! Hier ist doch nichts abhanden gekommen. Vor Gericht war ich noch nicht. Und wenn ich im Gefängnis war, dann nur infolge eines Irrtums. Ich gehe zur Mutter nur zu Besuch. Davon lebe ich.“

Weiter hinten liegen verdächtige, runzlige, alte Weiber, mit verlogenen, unstemem Blick. Wie lange sie hier sind, woher sie kommen, was sie treiben, ist nicht zu erforschen. Ihre verschrumpelten Gestalten erinnern an Wahrsagerinnen, weise Frauen, Hexen, Fallsichtige. Sie murmeln und jammern. Ihre Handgelenke sind verkrüppelt. Man vermeint, stumpe, verblödete Dorftrinen vor sich zu sehen. Ekelhaft. Fliehen möchte man vor ihnen.

Die weiteren Reihen rekrutieren sich aus Zuwanderern, alle vom Dorf. Eine Bäuerin, dreißigjährig. Der Mann erschlagen. Sucht Arbeit.

Eine andere, jung, hübsch, weiße, kräftige Zähne — bettelt. Eine Frau von 50 Jahren, mit zwei Töchtern, schnorrt Reisegeld zusammen, um ins Dorf zurückkehren zu können. Kam, um ihren Mann zu suchen, fand ihn aber nicht. „Wird schon eine andere genommen haben“, bemerkt sie demütig.

Neenan schlafen Kinder — ein dreizehnjähriges Mädchen und ein winziges, greisenhaftes Wesen von fünf Wochen. Ich frage nach der Mutter dieser Kinder. Das Mädchen richtet sich auf: „Die Mutter bin ich.“ „Du? Wie alt bist du?“ „Zwanzig.“ „Sie lügt, noch keine fünfzehn“, werfen die Nachbarinnen dazwischen. Die kindliche Mutter erhebt sich und betruet ihr Kleines. Sie ist klein von Gestalt. Kindliche Manieren, kindliche Figur, kindliches Gesicht. „Ist dein A nam bei dir?“ „Ja, ist ein Schlosser, schläft auch im Asyl.“ „Wovon lebst du? Wo kommst du her?“ „Vom Dorf, nähre mich von milden Gaben. Gute Menschen geben schon was. Auch du kannst mir eine Kopeke geben. Bitte, bitte!“

Von Almosen leben die meisten Bewohnerinnen des Nachtsyls. Kleine, blasse, abgemagerte Kinder, oft mit erfrorenen Füßen, sind den bettelnden Frauen eine Quelle des Erwerbs. Kindern wird ja eher was geschenkt. Die Frauen ohne Kinder leben von Gelegenheiten oder von „weiblicher“ Arbeit. Letztere sind hier ziemlich vertreten.

Solche Verhältnisse herrschen im Asyl für Frauen. Da vegetieren sie zwischen Lumpen, Windeln und Decken, zwischen zappelnden, weinenden, winzigen Wesen. Still sauzen die Mütter. In nervösem Schlaf wälzen sich junge Mädchen und Frauen. Geht man an den Schlafstätten vorbei, vermeint man auf dem Wege eines großen Menschenleids, eines tiefen weiblichen Elends zu schreiten. In diesen Stuben, hinter Schloß und Riegel, liegen die einsamen, verlassenen Frauen, die das Leben als lästige, überflüssige Geschöpfe in den Abgrund stieß.

Die sozialen Lebensbedingungen sind immer noch größtenteils gegen das Weib gerichtet.

## Vom Böhertisch.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Redakteur Lothar Erdmann. 4. Jahrgang 1927. Heft 1. Preis 1,— Mk. Verlagsgesellschaft des ADGB.

In dem neuen Heft der Arbeit, dem ersten des vierten Jahrganges, bespricht Dr. Langel die vom Statistischen Reichsamt die Methoden, die von dem deutschen und dem amerikanischen Konjunkturforschungsinstitut angewandt werden. „Konjunkturforschung“, so beghleitet er seine Ausführungen, „ist nichts anderes als der Prozeß fortschreitend-n Bewußtwerdens der Wirtschaft, und hierin liegen ihr letzter Sinn und ihre Bedeutung die wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, um durch bewußten Eingriff den bisher an allen Ecken und End-n klaffenden Wirtschaftsmechanismus zu einem zweckvoll funktionierenden Ganzen zu gestalten.“ — Weitere Aufsätze sind: J. Altmaier „Die Gewerkschaftspresse“, Dr. B. Ransker „Monopolen und Sozialpolitik“, Dr. Bergz „Fertigungsversorgung und Dr. Lindemann „Gewerbesteuer und Finanzvergleich“. Es hätte zweifellos im Interesse der Ausgestaltung der Gewerkschaftspresse gelegen, wenn Kollege Altmaier seine Vorschläge zur lebendigeren Ausgestaltung der Gewerkschaftspresse mündlich vor den Schriftleitern der Gewerkschaftspresse gemacht hätte. Denn sie sind nur sehr bedingt richtig.

## Bekanntmachung.

Vermögensverwaltung G. m. b. H., des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe. §

Die Herren Gesellschafter werden hierdurch eingeladen zur Generalversammlung am Freitag, den 11. Februar 1927 im Geschäftsbüro der Gesellschaft, Berlin N, Elsasserstr. 80-88.

### Tagesordnung:

1. Der Stand der zu verwaltenden Vermögensstücke und Vorlegung der Bilanz.
2. Richtigsprechung und Entlastung.

Der Geschäftsführer.

Für meine Abteilung Reproduktions-Photographie suche ich einen

# ERSTKLASSIGEN TECHNIKER

für Mehrfarben-Offset- und Buchdruck-Reproduktionen, welcher Farbauszüge in denkbar günstigster Form herzustellen vermag und der Abteilung vorzustehen hat.

Herren, welche auf obigen Gebieten über reiche Erfahrungen verfügen und auf einen Dauerposten reflektieren, bitte um ausführliches Angebot mit Angabe bi-riger Tätigkeit, der Gehaltsansprüche und Zeitangabe des Antrittes. Eberhard Schreiber, Leipzig.

# Tiefdruckkätzer

weicher auch im Herstellen der Diapositive bewandert ist, in angenehme Stellung gesucht. Angebote erbitte

Otto Springer, Freiburg i. B., Sautlerstraße 47.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Mees G. m. b. H., Berlin SO 28, Wiener Str 50 Fernnr. Mor 12289.

Retuschier-Apparate

Fachliteratur!



für feinste Maschinen-Retusche

sowie Farben und Pinsel-Set

Carl Rückert, Leipzig N 21, Theresienstr. 14.

Der Werdegang des Tiefdruckes.

Preis der Mappe inkl. Nachn 5.05 RM.

Der Werdegang des Offsetsdruckes.

Preis der Mappe inkl. Nachn. 4.05 RM.

Zu beziehen durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.